

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfai. pro Monat,  
1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:  
Arbeiter-Verband Bochum.

Telephon-Nr. 80.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgelebt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Potomik, Bochum.

Druck u. Verlag von Hansmann &amp; Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Anzeigen kosten die sieben gesetzte Kolonien je resp. deren Raum 1,— Mark.  
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei  
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

#### Warum nicht?

Warum nicht, Knappen, handeln  
Auch oben über Tag,  
Wie ihr im Schacht euch röhret  
Bei Brand und Wetterstahl? —  
Da hältet ihr zusammen,  
Da trennt euch keine Rüst,  
Doch über Tage gräbt ihr  
Der Einigkeit die Gruft. —

Da müßt ihr euch zerspalten,  
Da müßt ihr euch entzwein,  
In Christen und Nichtchristen,  
In Gruppen groß und klein. —  
In Hirsche und Reichstreue,  
In Polen und noch mehr,  
Darum, ihr blöden Knappen,  
Säßt euch der Kampf so schwer. —

Warum denn über Tage  
Zerspalten und getrennt,  
Wo ihr doch tief im Schachte —  
Euch nur als Brüder kennt? —  
Wenn ihr bei Wetterstürmen  
Schafft mutig im Verein,  
Warum im Sonnenlichte  
Könnt ihr nicht Brüder sein? —

O Knappen, laßt euch sagen:  
Ihr seid gar arg betört,  
Wenn ihr die Mahnungsstimme  
Zur Einigkeit nicht hört —  
Wenn ihr dem falschen Locken  
Zu Hass und Zwietracht glaubt,  
Dann bleibt ihr fort betrogen,  
Betrogen und beraubt. —

O laßt euch wieder mahnen  
Und nehmt darauf Bedacht:  
Seid einig über Tage,  
Seid einig wie im Schacht,  
Laßt ab von Hass und Hader  
Und kämpft in einer Reih' —  
Zerküßtet und zerspalten  
Wird nie die Knappenschaft frei. —

B. R.

#### Nochmals ausländische Arbeiter.

Wie wir zu der Frage der ausländischen Arbeiter stehen, das haben wir in voriger Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" schon deutlich genug gesagt. Diejenigen, die die Interessen der in- und ausländischen Arbeiter künstlich in Gegensatz zu bringen versuchen, werden einsehen, daß dieses, ihrer Liebe Müß, vergebens sein wird. Wir wissen, was wir uns mit den ausländischen Arbeitern schuldig sind und richten unsere Haltung darnach ein.

Übers die Unternehmer. Während ihnen die ausländischen Arbeiter lieb sind, solange sie ihnen gehörten und sich als Bohndräckerei gebrauchen lassen, bestensfalls sich dazu hergeben, vorhandenen Arbeitermangel zu beheben, ändert sich das Bild, sobald die ausländischen Arbeiter anfangen, sich ihrer wirtschaftlichen Interessen zu erinnern. Von solchen, von denen man annimmt, daß ihre Bedürfnisse sich nicht in dem Rahmen bewegen, wie es sich die Unternehmer wünschen, will man nichts wissen, aber man behält sich gewisse Repressionsmaßregeln vor, um gegebenenfalls diese in Anwendung zu bringen. Der Unterstützung der Regierungen, vornehmlich der preußischen, sind die Unternehmer gewiß. Der bekannte Erlass des preußischen Ministers vom 21. Dezember 1907 ist ein Schlußbeispiel dafür, wie Regierung und Unternehmertum sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Nach diesem Erlass müssen die aus Russland und die aus Österreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter ausländische Ausweispapiere in deutscher Sprache erhalten. Die Ausstellung dieser Papiere ist der Deutschen Feldarbeiterzentrale in Berlin übertragen, die eine Reihe Grenzämter an den in Erlaß bezeichneten Orten errichtet hat. Eine Auffertigungsstelle befindet sich auch in Essen, die die Kontrolle bezw. Auffertigung für die westlichen Provinzen zu übernehmen hat. An den Grenzämtern erhalten die Arbeiter Legitimationskarten. Diese sind für die polnisch-ausländischen Arbeiter rot, für die Ruthener gelb und die übrigen ausländischen Arbeiter weiß. Die Ruthener roten Karten dürfen sich nur in der Zeit vom 1. Februar bis zum 20. September bei uns aufhalten, während die andern unbeschränkt zur Beschäftigung zugelassen werden. Sehen wir davon ab, daß diese Legitimationen vornehmlich den Kontaktkreis der ausländischen Arbeiter überwachen und verhindern sollen, so wirken bei diesem Legitimationzwang politische Interessen mit. Ja, die Festlegung der Kartenzeit ist allein auf politische Micksichten zurückzuführen und sie hängt mit der habsburgistischen Behandlung der Polenfrage durch die preußische Regierung eng zusammen. Das gibt auch Herr Regierungssassessor Bodenstein in seinem von uns in voriger Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" angezogenen Vortrage zu. Bodenstein meint, daß sich in der Einschleppung polnischer Arbeiter gewisse Gefahren heranschwelen, wenn die eingerührten Massen in politischer Richtung geleitet werden. „Es ist nicht unbekannt geblieben, daß sich jenseits unserer Grenzen gerade in den letzten Jahren Bestrebungen geltend machen, diese Arbeitermassen politischen Zielen zu folgen.“ Wenn unter den 600 000 freuden Arbeitern rund 210 000 ausländische Polen alljährlich ins Land kommen, so wird für uns die Gefahr vornehmlich darin liegen, daß diese slavischen Elemente sich festsetzen möchten. Bei den großen Schwierigkeiten, die uns im Osten die Polen bereiten, ist es für den gefährten preußischen Staat von besonderer Bedeutung, die ausländischen Polen nach Möglichkeit fernzuhalten. Aus diesen Erwägungen politischer Natur ist die Zulassung und Beschäftigung der ausländischen Polen schon frühzeitig Beschränkungen unterworfen worden.“ Das sind die Gründe nach Bodenstein, die zur Beschränkung oben angegebener Kartenzeit mitgesprochen haben.

Es fehlt nicht an Stimmen, die jede Einschleppung von fremden Arbeitern von vornherein verhindern möchten. So hat auch ein Herr Justizrat Schnauß in den altdutschen gesprochenen "Beiblätter Neuesten Nachrichten" sich mit der Frage der ausländischen Arbeiter beschäftigt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Einwanderung fremder Arbeiter eine Schwächung des Nationalgeschäfts und eine Abnahme der monarchischen Gesinnung herbeiführt. Schnauß weist auch darauf hin, daß in der unausbleiblichen Vermischung des fremden Blutes mit dem deutschen Blute das deutsche Volk seine wesentlichen Eigenschaften verlieren und sich zu einem "Völkermisschmaß" entwickeln würde, dem die körperlichen und geistigen Vorzüglichkeiten der unvermischten Rasse fehlten. Die Sozialdemokratie würde ferner durch die Einwanderungspolitik der Regierung in ihrer Bekämpfung des Nationalstaates entschuldigt, ja gerechtfertigt; diese Politik gewähre der Sozialdemokratie den besten Agitationstoff für ihre antinationalen Bewegungen. Und weiter sagt Schnauß: „Wenn die deutschen Unternehmer im Einverständnis mit der Regierung ihres Vorteils wegen und vielfach in der Absicht, den Vohn zu drücken, zum Nachteil ihrer Volksgenossen ausländische Arbeiter anstellen, sollte es dann nicht berechtigt sein, daß sich die deutschen Arbeiter ihrerseits mit den Arbeitern anderer Völker zu vereinigen suchen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern?“ Also auch Schnauß, der zwar die Absicht der Bohndräckerei bei der Einschleppung fremder Arbeiter durch die Unternehmer unterstreicht, weist auf politische Gefahren hin. Seine Angst vor der Massenvermischung wirkt lächerlich. Als ob nicht auch dem deutschen Volkstum Eigenschaften anhaften, für die es besser wäre, daß sie eher heute als morgen verschwinden. Im übrigen weist die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" in einer Polemik gegen Schnauß darauf hin, daß die Beschränkung des Aufenthalts bei den polnischen Arbeitern ihre Vermischung mit dem deutschen Volk verhindere.

Zinnerhin ist der Gegensatz hervorgezogen, der zwischen Schnauß und dem von uns in voriger Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" zitierten Schriftsteller Corbach sich zeigt. Letzterer sucht nachzuweisen, wie die Einwanderung die Interessen der deutschen Gewerkschaften und die Interessen ausländischer Arbeiter in Gegensatz zueinander bringt. Schnauß sieht dagegen in der Einwanderung die Gefahr eines Nährterrains der in- und mit den ausländischen Arbeitern, das schließlich ja längst schon vor sich gegangen ist. Auch Herrn Schnauß dürfte das Studium der Beschlüsse und Beratungen des internationalen Sozialistenkongresses zu empfehlen sein.

Um der "polnischen Gefahr" zu entgehen, sind schon die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Vor nicht langer Zeit machte ein Herr Kühn in einer Broschüre, betitelt: "Polen und Straßbergerke" den wahnijmigen Vorschlag, die polnischen Arbeiter, auch die inländischen polnisch sprechenden Bergarbeiter zunächst in den Staatsbergwerken durch die Inassen der Braungasanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser zu ersezgen. Herr Kühn zeigte, wie weit wir es in Deutschland mit dem Polenhaus gebracht haben. Sein Begehrn richtet ihn aber selbst.

Anderer wieder sehen sich nach einem Erfaß für die Zufuhr polnischer Arbeiter um. So erörtert der "Erzbergbau" die Frage der Heranziehung belgischer Bergarbeiter und Arbeiter in deutsche Betriebe. Das Unternehmerorgan schreibt:

„Da bisher in Westdeutschland mit den Polen, Ruthenen und Italienern die schlimmsten Erfahrungen gemacht worden waren, können die auf höherer Kulturstufe stehenden Belgier einen Erfolg bieten; besonders die Verwendung von belgischen Blamen ist aus politischen Gründen zu empfehlen. Aus Belgien wandern seit Jahrzehnten jährlich ungefähr 60 000 kräftige Männer nach Frankreich aus, um dort Saison- oder auch Dauerarbeit zu suchen. Die westdeutschen Völke sind nun im Durchschlitt schon durch die Marktwährung höher als die französischen, sodass es nicht unwahrscheinlich ist, diese 60 000 Belgier nach Deutschland hinüber ziehen zu können. Da diese Leute fast durchweg Blamen, d. h. also germanischer Abstammung sind, sprechen sie eine, unseres Platts sehr verwandte Mundart. Durch Verwendung dieser 60 000 Blamen würden mehr als 60 000 Polen erledigt werden, da man die Arbeitskraft eines Blamen bedeutend höher einschätzen kann als die eines Polen. In politischer Beziehung kann der Austausch von Blamen gegen Polen sicherlich sehr erwünscht. Wer mit den Polen schon zu tun hatte, weiß, daß politische Unstüme unter ihnen an der Tagesordnung sind. Die in Westdeutschland ersparten Millionen wandern in die Weichselländer und helfen dort die großpolnische Bewegung schützen. Es ist daher sehr erfreulich, daß eine derartige Abwanderung der Belgier nach Deutschland, trotzdem sie noch so junges Datums ist, schon große Dimensionen angenommen hat. Es ist jetzt Sache der deutschen Industrie, die seit langer Zeit über die Polen schwere Klage führt, nun, wo die Gelegenheit sich bietet, diese Polen durch bessere Arbeitskräfte zu ersetzen.“

Väterliche Polenfürst ist es auch hier, die diese Zeilen dictieren läßt. Mit Unrecht, da ja ausländische Polen und Ruthenen nur trüchweise für die deutsche Industrie in Frage kommen. Im Ruhrbecken dürften in der gesamten Industrie keine 3000 ausländische Polen und Ruthenen beschäftigt sein. Das ist eine Bissel, die garnicht ins Gewicht fällt. Wenn die Darlegungen des Unternehmerorgans irgend einen Zweck haben sollen, dann nur den, daß sie sich auch gegen die inländisch-polnischen Bergarbeiter und Arbeiter richten. Die rote Legitimationskarte behält ja die ausländischen Polen in der Industrie wie in der Landwirtschaft in preußisch-polnische Obhut, so sicher, daß polnischseits jede Anwendung von Arbeiterrichten geradezu unmöglich gemacht wird. Die Einschleppung belgischer Blamen soll auf Kosten der Reichsdeutschen aus den östlich-polnischen Provinzen vor sich gehen. 60 000 Blamen würden 60 000 polnische Arbeiter ersezgen. Das ist leicht hingeschrieben. Wenn es den Grubenbesitzern z. B. darauf auftäme, Arbeiter germanischer Abstammung einzustellen, dann hätten sie es schon längst getan. Belgien und Holland grenzt an Westdeutschland und dennoch jenden die Grubenbesitzer ihre Agenten mit Vorliebe in die östlichen Provinzen und in die ausländischen slavischen Bezirke. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir sagen, daß die rheinisch-westfälischen Industriellen auf die Einschleppung der belgischen und holländischen Arbeiter bisher verzichtet haben, weil ihnen die sozialistische Gefahr größer erscheint als die polnische. Überdies ist in Belgien und Holland die Bevölkerung zu einem großen Teil wirtschaftlich besser gestellt als die slavische Bevölkerung im fernen Osten. Und bei der Einwanderung kann man die Rechnung nicht machen, ohne Rücksicht auf die bisherigen Verhältnisse der eingeschleppten Arbeiter zu nehmen. Das wissen auch die Grubenbesitzer.

Wir kommen den Absichten der rheinisch-westfälischen Industriellen näher, wenn wir ihr Verhalten betrachten, in stärkerem Maße als es bisher geschehen ist. Maßen und sonstige ost- und west-

preußische Arbeiter nach dem Ruhrbecken zu ziehen. Der Ostpreuße gilt den Werksherrn als braver, fleißiger und worauf es ihm ankommt, auch als zuverlässiger Arbeiter. Die "Sozial- und wirtschaftspolitische Korrespondenz" weist auf die Tatsache hin, daß sich diese Arbeiter den evangelisch-preußischen Arbeitervereinen im Ruhrbecken anschließen. Dieser Zusammenschluß ist nicht als Eigenbedürfnis zu betrachten und zu verurteilen, sondern die Korrespondenz stellt fest, daß sie als Stärkung des nationalen Elements innerhalb der Arbeiterschaft zu begrüßen sind. Die moskauisch-preußischen Arbeitervereine hätten sich zu einem Bunde zusammengetan und würden am 1. November d. J. ein eigenes Organ herausgeben. Wenn die Unternehmer, und vornehmlich die aus dem Ruhrbecken, von Stärkung des nationalen Elements reden, dann weiß man ja, was die Glocke geschlagen hat. Es handelt sich für die Unternehmer im Ruhrbergbau um nichts weiter, als um die Bildung einer "Gelben Gewerkschaft", die als Sturmbock gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft im Ruhrbecken Verwendung finden soll. Und ferner handelt es sich um Stärkung der nationalliberalen Partei die ihren Anhang unter den einheimischen Arbeitern nunmehr schwindet.

Ürde welt die ostpreußischen und moskauischen Arbeiter den Grubenbesitzern auf den Helm tragen, muß abgewartet werden. Bis jetzt scheint man werksseitig noch nicht Ursache zu haben, sich große Rosinen in den Kopf zu setzen. Auch die moskauischen und ostpreußischen Arbeiter werden die Errichtung in sich aufnehmen müssen, daß sie sich den einheimischen Arbeitern zur Seite zu stellen haben. Die nationalen Interessen der Werksherrn richten sich dann doch zu oft gegen die Interessen der Arbeiter. Das kommt vor längst.

Diese Bestrebungen der Grubenbesitzer zu vereiteln, muß Aufgabe der Ruhrbergleute sein. Die Werksherrn haben die Ausländerfrage bisher betrachtet vom Standpunkt des Profits. Die Wahrung der nationalen und politischen Interessen heißt bei ihnen nichts weiter, als die Wahrung der kapitalistisch-wirtschaftlichen Interessen, die, wie gesagt, durchweg im Gegensatz zu den Interessen der in- und ausländischen getriebenen Arbeiter stehen. Darum ist es nötig, wie auch die Industrieherrn vorgehen, daß die Arbeiterschaft sich als eine große Familie fühlt, ohne Unterschied der Rasse und Sprache. Zusammen gehören alle, ob Deutsche, Polen, Italiener, Belgier, Holländer, Österreicher usw. Je einiger und geschlossener die Arbeiter dastehen, je weniger sie sich durch sprachliche und politisch-nationale Interessen trennen, um so besser für die Gesamtarbeiterschaft. Das beherzigt, Ruhrbergarbeiter!

#### Wer hat den Rechtschutzverein der Saarbergleute ruinirt?

IV.

Unsterblich verdient um das saarabische Gruben- und Hüttencapital hat sich die Volksvereinszentrale in W. Gladbach gemacht. Während die anderen Zersplitterer und Zersönder ziemlich zusammenhanglos einmal in diesem, dann in jenem Ort Versammlungen und Besprechungen abhielten, um Maulwurfsarbeit zu leisten, ging die Volksvereinszentrale in W. Gladbach "großzügig", systematisch vor! Sie schickte zunächst den früheren Syndikus des rheinisch-westfälischen Rechtschutzvereins Herrn Becker-Wadahn in das Saargebiet; er musste in Saarbrücken ein "Volksvereinsbüro" errichten, wo Rechtschutz ertheilt wurde um dem Rechtschutzverein die Mitglieder abzufallen (Vorher hatte man sich um den Rechtschutz der Bergleute den Teufel geflümmert). Nachdem so das Terrain sondiert, wurde eine umfassende Versammlungskktion unternommen. Wie hinterlistig die W. Gladbach'schen vorgingen, ergibt sich aus folgendem Geheimzirkular:

Centralstelle des Volksvereins für das kathol. Deutschland.

M. Gladbach, den 12. Juli 1892.

Vertraulich!

Hochgeehrter Herr!

Von der Ueberzeugung geleitet, daß der von den christlichen Bergleuten an der Saar gegen den sozialdemokratischen Vorstand des Rechtschutzvereins geführte Kampf einer energischen Unterstützung bedarf und daß bei einer Niederlage überseits die dortige Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Parteiliegung in die Hände fallen würde, hat der Vorstand des Volksvereins für das katholische Deutschland sich gern bereit erklärt, durch Entsendung von Rednern, Abhaltung von Versammlungen, Verteilung von Flugschriften u. a. den kämpfenden Hieb zu leisten. Nach einem von Herrn Dechant Oesterling in Düsseldorf und Herrn Reichsgericht Döhner in St. Johann gegebenen Plane, der Gn. Hochwürden bekannt ist, sollen in allen Pfarreien zum Zweck eines geeigneten Vorgeheus Vertrauensmänner unter den Bergleuten gewählt werden. Nach einer Versammlung derselben in St. Johann soll ebenso in der nächsten Zeit eine Hauptversammlung stattfinden, für welche der Volksverein auswärtige Redner (die Herren Wießel-Werden sei, Kerzenfabrikant, Dr. H. Giese, Fuchs u. a.) gewinnen wird. Unmittelbar darauf werden an den bedeutenderen Orten des Saarreviers Versammlungen mit Rednern beschickt werden. Die Verbreitung passender Flugschriften und Flugblätter ist in Aussicht genommen.

Indem wir Gn. Hochwürden erfüllen, unsere Bemühungen geneigtest zu unterstützen, bitten wir ebenso höflichst wie dringend, im Sinne des von Herrn Dechanten Oesterling verfaßten Zirkulars, die Wahl von Vertrauensmännern gültig zu treffen, damit auf der am nächsten Sonntage in St. Johann stattfindenden Versammlung derselben eine kräftige und organisierte Aktion eingeleitet werden kann und die spätere große Versammlung sich glänzend gestatte.

Ihres Interesses für unsere Bestrebungen in dieser dringlichen Angelegenheit uns versichert halteid, zeichnen

Hochachtungsvollst.

Der Vorstand des Volksvereins für das kathol. Deutschland.

Fr. Brandt jr., 1. Vorsitzender.

Fr. H. Giese, Dr. Pieper, Generalsekretär.

Nicht offner Hieb in öffner Schlacht, sondern tüchtiges Waffenlegen hat den Rechtschutzverein zerstört, seine Zersönder sind wie Diebe in der Nacht herangegangen und haben die mit so vielen Opfern, nach so vielen Leidern geschaffene Organisation der Saarbergleute unterwühlt bis zum Zusammenbruch. Eine Unmaß-Veranstaltung gegen den Rechtschutzverein wurden von den M. Gladbachern arrangiert. Die "Neutralstelle" engagierte Her-

vorragende Zentrumsführer wie Siebert, Trimbach, Fuchs, jener die Rechtsanwälte Döbmer, Saarbrücken, Trier, auch Geistliche, wie Dechant Desterling, Dubweiler (dessen Freundeskreis Herr Gilger sich rühmte), und der Syndikus Herr Becker. Beide traten als Referenten auf, überall die Bergleute empfanden sich von den „Gottlosen“ im Rechtsschutzverein abgeschnitten. Diejenigen wohlorganisierten Angriff der einfachen Parlamentarier, Abolatoren und Cleriker vermochten die einfachen Bergarbeiter natürlich nicht zu überstehen. Die Presse der M.-Gladbach erarbeitete Hand in Hand mit den Sitzungen der Stumm, Hößling und Gilger. Ein „Arbeiter“ Schauspiel!

Der Rechtsschutzverein mußte so von innen heraus ruiniert werden. Wäre das nicht geschehen, ohne Zweifel würde die Bergwerksverwaltung im Spätherbst 1892 nicht so schroff herausfordernd mit ihrer neuen „Arbeitsordnung“ hervorgereten sein wie geschehen. Der Konsens mußte ganz genau, wie schlecht es dank dem Beinhalten der Unterminister nicht dem Rechtsschutzverein stand, wußte, daß er nur noch vorsichtig zusammenhielt, könnte darum ohne Konsens die Herausforderung mit der „Arbeitsordnung“ unternehmen. Ja, der Konsens konnte sich, zumal die Geschäftsstelle bedeutend war, gar keinen besseren Zeitpunkt für seinen längst vorbereiteten Entschlag gegen die Bergarbeiterorganisation auswählen.

Und doch hätten die Unterminister und die Stummlinge sich über die Arbeitersinnung getäuscht. Sie glaubten, der Streikaufruf der Rechtsschutzvereinsleitung würde nur von einer ganz kleinen Zahl Arbeiter beachtet werden. Aber die Zahl der Streikenden, am ersten Tage (29. Dezember 1892) nur 8475 betrug, schwoll bis zum 2. Januar 1893 auf 25 820 an!

Ein schlagender Beweis für die Erbitterung der Arbeiter, aber auch ein Beweis dafür, daß der organisatorische Zusammenhalt unter den Saarkameraden nur mit den freibolken, skrupellosen Mitteln hergestellt werden konnte! Es ist uns sehr fraglich, ob bei ruhiger Entwicklung des Rechtsschutzvereins überhaupt der ungelungene Streik von 1892/93 ausgebrochen wäre. Aber ohne Zweifel steht fest, hätten die Unterminister und Autonome keinen Erfolg gehabt, dann verließ der Streik nicht so unglücklich für die armen Kameraden, immerhin hätten die Streikopfer einen Rückhalt an einer aussichtlichen Organisation gehabt! Für die furchtbaren Feinde der 2-3000 gemäßregelten Saarkameraden stand darum in erster Linie die Unterminister ihrer Organisation, darunter nicht zuletzt die Volksvereinsherrscher in M.-Gladbach verantwortlich zu machen!!

Mitten im heissen Kampfe mit dem Grubenkapital stehend, erhielten die Saarbergleute noch einen besonders harten Schlag. Auch der ungünstigste Streik kann noch verhältnismäßig günstig für die Streikenden auslaufen, wenn bis zum Kampfssabbruch die Kämpfenden zusammenstehen. Die Saarbergleute wurden vom Unglück verfolgt. Gerade als der unerschütterlichste Zusammenhalt absolut notwendig war, da erzielte der Herr Bischof Korum an die Geistlichkeit im Saargebiet ein „Hirtenbeschreiben“. Das denkwürdige Dokument lautete:

„Hochwürdiger Herr!

Die Nachricht, daß ein Teil der Bergleute im Saarrevier die Arbeit eingestellt hat, und ein allgemeiner Ausstand droht, hat mich mit diesem Schmerz erfüllt. Es wäre ungemein traurig, wenn gerade in der Zeit, wo der menschgewordne Sohn Gottes durch seine Engel Frieden verbreiten läßt den Menschen, die eines guten Willens sind, Zwietracht, Hass und unabsehbare Elend heraufbeschworen werden sollte.

Ich erachte es als meine überkirtliche Pflicht, die katholischen Bergleute auf das eindringlichste vor diesem unbesonnenen Schritte zu warnen. Ich kann mir die erste Verführung nicht verschleiern, daß durch dieses Vorgehen unabsehbare Unglück über die Ausständigen selbst und ihre Familien herabgerufen wird. Wenn die Bergleute glauben, Ursache zu gerechten Beschwerden und Forderungen zu haben, so gibt es für sie geordnete und gesetzliche Wege, welche sie betreten mögen, um Abhilfe zu erlangen. Das Mittel der Arbeitseinstellung zu dieser Zeit wird nicht bloss die unmittelbaren Vorgesetzten der Arbeiter nach fruchtlos ergangenen Warnungen zur größten Strenge veranlassen, sondern muss in kurzen großen Not unter die Streikenden und ihre Familien bringen; der Ausstand wird ihnen auch in den wohlwollendsten Kreisen die Sympathien rauben und Herzen und Hände verschließen, welche gerne hilfsbereit wären, wenn es sich um unverschuldete Not handelt.

Meine noch nach mich der Gedanke an die Gefahren für die Seelen der Arbeiter betrüben, indem sie ihren Glauben, ihr Heil, ihre ganze Zukunft für Zeit und Ewigkeit aus Spiel seien, wenn sie dem versuchenden Ruf von Männern folgen, welche in ihren Umsturzbemühungen Kirche und Staat bedrohen.

Ich weiß wohl, daß der gräßige Teil unserer braven katholischen Arbeiter der Stimme der Vernunft und der Religion mehr Gehör schenkt, als der triägerischen Sprache der Führer jener Bewegung. Mit Freude erinnere ich mich der heiligen Verpflichtungen, welche mir die Bergleute vor wenigen Jahren auf den Firmungsstreifen in dortiger Gegend gegeben haben: sich stets fernzuhalten von den Vorfahren, welche Ungesiechtheit und Wütetrauen gegen weltliche und geistliche Autorität in die Herzen streuen. Darum scheint es noch Zeit, das Unheil abzuwenden oder in enge Grenzen einzuschränken.

Um Hochwürden ersuche ich deshalb, in der Liebe Christi, der für alle arm geworden ist, auf das Eindringlichste, Ihre Pfarrkinder zu bitten und zu beschwören, daß sie an einer so unbesonnenen Bewegung sich nicht betätigen, sondern sich dagegen auszustrecken und andere davon abhalten. Nach den in letzter Zeit gemachten Erfahrungen sind ähnliche Bewegungen fast immer feindselig und unglücklich für die Arbeiter verlaufen. Möge sich doch niemand zu strapazieriger Widerleglichkeit und unheilvollen Taten hinreißen lassen.

Es gilt, geliebte Mitarbeiter, von den uns anvertrauten Seelen großes Unglück abzumehren, ihre irdische Wohlfahrt zu erhalten und so zu fördern, wie sie allein gefördert werden kann: an christlicher Besonnenheit, Mäßigung und Geduld, und mit dem Bewußtsein, daß wir alleinst Rechenschaft zu geben haben vor dem ewigen Richter.

Saget den Arbeitern, daß der Herr die Seelen ihrer Angehörigen eins da ihnen fordern wird, daß sie vor ihm Rechenschaft abzulegen haben über das Wohl und Wehe, welches sie durch ihre Handlungswweise, durch Wort und Beispiel, über ihre Familien, über Frau und Kinder gebracht haben. Rüte den Arbeitern die Worte des Propheten zu: „Wir ermahnen euch, Brüder, daß ihr zu befleißigt, tugig zu sein und euer eigen Geschäft zu betreiben und zu arbeiten mit euren Händen, und daß ihr ehrbar handelt gegenüber denen, die draußen sind, sobald ihr von niemand etwas zu begehrn nötig habt.“

Um Hochwürden ermächtige ich, dieses Schreiben wo es angemessnen scheint, auch von den Kanzeln zu verlesen. Indem ich mein schwaches Gebet für den glücklichen Erfolg Ihrer Bemühungen aufspiere, verbleibe ich mit herzlichem Gruß und Segen in der Liebe Christi.

Ew. Hochwürden ergebener

+ M. Feliz, Bischof.

Trier, den 30. Dezember 1892.

Dieser Hirtenbrief, von vielen Kanzeln verlesen, schlug in die Massen der kirchengläubigen Arbeiter und Arbeiterfrauen wie eine Bombe ein. Er erweckte Erbitterung, aber noch mehr Mutlosigkeit. Von Streikteilnehmern wird uns versichert, dem katholischen Hirtenbrief und den auch von der evangelischen Pfarrerseite aus gegangenen Aufrüttungen zum Streikbruch, sei das alsbaldige Schwärmen und der nach wenig Tagen erfolgte rasche Rückgang der Streikenden zu danken. Die Pfarrer gaben überwiegend in ihrer zitierten Schrift, auf Seite 27, zu, daß sie den Streikbruch mitorganisiert haben. Diese Berreitungsaktion mitten im Kampfe

hatte den Saarkameraden gerade noch gefehlt. Nachdem konnte der Konsens seinen Fuß triumphierend auf die total gesetzten Bergarbeiter und auf ihren völlig ruinierten Rechtsschutzverein setzen. Es war wieder „Ruhe im Saargebiet“ —

Wie sich die Klerikalen eine „Standesbewegung“ der Arbeiter denken, welche sozialpolitische Masse von seinen früheren Bönnern dem Rechtsschutzverein gedacht war, das geht aus einer Rede hervor, die Herr Bischof Korum am 24. April 1893 im katholischen Arbeiterverein zu Ensdorf hielt. Hier entwickelte Herr Korum folgende „soziale Gedanken“:

„Es sei nicht notwendig, daß der Arbeiter in der Woche das Wirtschaftsbesuch, Werktrunks und Zigaretten rauche. Dies bliebe bloß ein Sonntagsvergnügen sein. In Bezug auf die „Hochmutterfeier des Arbeiters“ sei zu sagen, daß Leute, die in Stehkragen und Manschetten einheitsstilisiert kämen, überhaupt keine Arbeiterselbstständigkeit (!) kleiden sei die Lösung unserer Zeit, das könne den Arbeitern nicht dringend genug aus Herz gelegt werden.“

In diesen Worten offenbarte sich die kulturrendliche Klerikale Sozialpolitik, die dem Arbeiter nur die Rolle eines gutmütig duldsamen, begnügten Dahintrottelnden zuerkennt. Daß die Rechtsschutzvereinsfürher, wenn auch gute Katholiken, doch ihre sozialpolitischen Ausgaben anders auffassen müssten, wie die Herren Korum, Döbmer, Desterling usw., werden uns heute auch die christlichen Gewerkschaftssekretäre zugeben. Eine Arbeiterorganisation, die in der Weise wie Herr Korum „Arbeiterpolitik“ treiben wollte, würde sich selbst aufgeben. Auf den Vorwurf der Scharfmacher, auch die christlichen Gewerkschaften schürten die Unzufriedenheit, schrieben den Frieden, antwortet die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ Nr. 20 vom Jahre 1908:

„Die christlichen Gewerkschaften dürfen sich den Vorwurf der Friedensstörer in dem oben bezüglichen Sinne ruhig gefallen lassen. Ja, in der Wirkung dieser Unzufriedenheit liegt die kulturstörende Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften; wer unzufrieden ist im Sinne der Gewerkschaftsgegner, der erbringt mit seiner Unzufriedenheit den Beweis der Erkenntnis seiner Menschenwürde. In seinen Bedürfnissen zeigt sich die große unübersehbare Kluft, die den Menschen vom Etere trennt; in der Höhe seiner geistigen und materiellen Bedürfnisse zeigt sich der Mensch in seinem Werke.“

Wenn die Agitatoren des Rechtsschutzvereins der Saarbergleute nicht einmal in so prägnanter Weise wie jetzt das christliche Textilarbeiterblatt die Unzufriedenheit als Kulturfaktor lobten, dann sollte das ein untrügliches Zeichen „sozialdemokratischer Gesinnung“ sein. Vergleiche man nur, was Herr Korum in Ensdorf sagte, mit dem, was heute die christlichen Gewerkschaftsblätter schreiben, dann erkennt man auch den Abstand, der die Zentrumsmacher in Saarabien von den Leitern des Rechtsschutzvereins trennte. Denn was heute die christlichen Gewerkschaftsleute über die Arbeiterrechte sagen und schreiben, dasselbe, nur unbeholzener und unklarer, sagten und schrieben damals die Rechtsschutzvereinsleute in Saarabien! Damals hat man den Rechtsschutzvereinsleuten den Prozeß deswegens gemacht, hat sie denunziert und verfolgt, hat man die militärisch errichtete Organisation der Saarbergleute ruiniert, haben sich Zentrumspartei und Bischöfliches Kapital verbündet gegen die Vereinigung der Saarbergleute. Unser oder satanische Berechnung ist es, von „sozialdemokratischen“ Rechtsschutzvereinsführern zu reden. Dieser Titel gab man den Leuten nur, um sie bei der politisch ungebildeten, religiös fanatisierten Klasse zu verdächtigen, wie man den Rechtsschutzverein zuerst „ultramontan“ nannte, um die evangelischen Bergleute abzuschwärzen. Die Bergleute haben sich leider zu oft durch irgend welche Demagogen parteipolitisch und religiös gegeneinanderheben lassen, zum Gaudium der Kapitalisten! Gegenüber gewissen heutigen christlichen Gewerkschaftssekretären waren, was radikal sozialpolitische Ansichten anlangt, die Rechtsschutzvereinsleiter im Saargebiet die reinsten Zuckersüssveräußerer.

Wenn die Gewerkschaftssekretäre heute den Herren Döbmer und Genossen, somit auf Unwegen der „Berliner Richtung“, die Ruiniierung des Saargebiet-Rechtsschutzvereins anstreben wollen, so gebietet die Gerechtigkeit, zu sagen, daß zu jener Zeit die Zentrumsführer überhaupt noch nichts von gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen wissen wollten, und daß deshalb fast der ganze Klerus, gleichgültig, ob er in St. Johann-Saarbrücken, Trier, Berlin oder M.-Gladbach dominierte, rücksichtslos den Vernichtungskampf gegen den Rechtsschutzverein begann, als er — „ein Streikverein“ werden wollte. Geradeso, wie sich dann die katholischen Fachabteilungsbewegung gegen die interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften aufsetzt, als diese die Hüllen des „Richtkampfvereins“ abstreift.

Diesenigen also, die ihre Erleuchtung in M.-Gladbach empfingen, haben kein Recht, so quasi die jähigen Vorkämpfer der „Berliner Richtung“ für die Ruiniierung des Rechtsschutzvereins haftbar zu machen. Die Hauptunterminister des Rechtsschutzvereins sahen und sahen in der M.-Gladbach-Zentralstelle! Als im Mai 1904 der Bergarbeitergewerksverein ernsthafte Organisationsversuche im Saargebiet unternahm, da gab die „Kölner Volkszeitung“ (30. Mai 1904) den M.-Gladbacher Senatoboten die Empfehlung, an die Grubenbeamten mit auf den Weg, die Grubenbeamten sollten auch nicht vergessen, daß ihnen der „Volksverein“ (M.-Gladbach) damals „die Sozialdemokraten vom Hals geschafft hat! Das ist das offene Eingeständnis der zielbewußten Organisationsruiniierung durch die M.-Gladbacher Zentralstelle“!

„Sozialdemokraten“ nannten die „liberalen“ Journalisten in Westfalen auch die Herren Zusang, Stökel und Genossen, als diese die Bergarbeiter in Schutz nahmen. „Sozialdemokraten“ werden heute auch schon von Scharfmacherblättern die gewerkschaftlichen christlichen Agitatoren genannt. Also zu dem Titel „Sozialdemokraten“ konnten die Rechtsschutzvereinsführer schon leicht kommen, ohne daß die Flagge die Ware richtig bezeichnete.

Aber die M.-Gladbacher Berstörer waren gebildet genug, um zu wissen, daß Warten und Genossen keine Sozialdemokraten, sondern schlimmstens durch Verleumdungen und Verfolgungen rabiat gewordene Proletarier waren! Einer der hervorragendsten Zentrumsführer im Saargebiet hat uns ohne Zurückhaltung unter Zungen gesagt, er habe Warten niemals für einen Sozialdemokraten gehalten!! Bei anständiger Behandlung seien die Rechtsschutzvereinsleiter nicht so unüberlegend rabiat geworden.

Wie anders standen die Saarbergleute heute da, wenn ihre Organisation bestehen blieb! Vielversprechend, erfolgversprechend trat der Rechtsschutzverein ins Leben. Nach kaum drei Jahren war er ruiniert. Wen die Saarbergleute als den Ruiniater ihrer Organisation anzuladen haben, weiß jeder aufmerksame Leser unserer Darlegungen.

„... habe, weil er ein Freund der christlichen Gewerkschaften sei. Giesberts habe dadurch, so schrieb das vorgenannte Zentrumspapier, der katholischen Geistlichkeit den schlimmsten Vorwurf gemacht, den man einem katholischen Geistlichen machen könnte. Er habe das Vertrauen der katholischen Bevölkerung zu ihrem Klerus, das Vertrauen in die richtige Ausübung einer der wichtigsten kirchlichen Funktionen, der Verwaltung des heiligen Sakraments, untergraben.“

Im Trier war Giesberts am 28. September. Dort wurde ihm ob seiner Rede in Hagen von dem katholischen Arbeitersekretär Seimes gefragt, daß er (Seimes) es ablehnen müsse, mit ihm (Giesberts) „einem Manne, der sich nicht gescheut habe, in Hagen vor einem protestantischen Auditorium das Beichtstadium a la Graumann in den Hof zu ziehen und sich als Schulmeister der Katholiken aufzuspielen“. Giesberts stellt in der „Saarpost“, ein ihm noch ergebenes Zentrumspapier aus dem Saarrevier, am 6. Oktober fest, daß er in Hagen die Anerkennungen in einer katholischen Versammlung getan habe. Er habe daselbst u. a. ausgeführt:

„Die scharfen Neuerungen in Blick sind nur zu verstehen, wenn man den scharfen Gegensatz kennt, der bei uns in Deutschland zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen der Berliner Richtung besteht. Die traurige Berücksichtigung der katholischen Arbeiterlager kommt nur der Sozialdemokratie zugute und den antisozialen Elementen. Die Fachabteilungsbewegung zeigt eine solche Unbildung und einen solchen Fanatismus gegenüber den katholischen Arbeitern, die sich in katholischen Gewerkschaften organisiert, wie man sie ähnlich nur in katholischen (irreligiös, leidetisch) Grabungen kennen lernt. Die christlichen Grundfälle werden hier mit einem Missfall von Sophisten und Splitterrichter unter Berufung auf die kirchlichen Autoritäten interpretiert, die zu ersten Bedenken Anlaß gibt. Der katholische Arbeiter, der sich den christlichen Gewerkschaften anschließt, ist bei den Berliner Herren von vornherein ein minderwertiger Katholik. Von mir sagen die gesetzlichen und weltlichen Agitatoren der Fachabteilungsbewegung, daß ich mir ein eigenes Gewerkschaftsrecht in zweckmäßig gezeigt habe. Christliche Herren, welche sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung annehmen, lädt man es deutlich fühlen, daß man sie nicht für vollzählige katholische Priester halte. Ihre Predigten, ihre Lebenswandel werden ausspielerisch und man schaut nicht vor hässlichen Denunziationen zurück, wie der jüngste Vorschlag des Herrn Arbeitersekretärs Bull in Schleiden beweist, der einen geistlichen Herrn bishöflich mit Denunziation bei der bishöflichen Behörde drohte. Katholische Arbeiter, die Mitglieder christlicher Gewerkschaften sind, werden massenhaft aus den katholischen Arbeitervereinen Berliner Richtung ausgeschlossen, und als in Berlin sich diese Ausgeschlossenen zusammenfinden, um einen eigenen Arbeiterverein zu gründen, da hat man es bei der bishöflichen Behörde hintertrieben, daß diesem Verein ein geistlicher Präses gegeben wurde. Ja, es geht soweit, daß vereinzelt katholische Arbeiter, die hervorragend agitatorisch tätig sind in den christlichen Gewerkschaften, die Gnade der mittleren Kirche verweigert werden, wie mir dieses Gewerkschaftsrecht in zweckmäßig gezeigt habe. Christliche Herren, welche sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung annehmen, lädt man es deutlich fühlen, daß man sie nicht für vollzählige katholische Priester halte. Ihre Predigten, ihre Lebenswandel werden ausspielerisch und man schaut nicht vor hässlichen Denunziationen zurück. Die katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, haben diesem Treiben lange genug zugesehen. Sie werden energischen Schutz gegen diese Verfolgung seitens der Fachabteilungen verlangen müssen. Wenn aus dieser Stimmung heraus in katholischen Wörtern gefallen sind, so ist es immerhin erklärlich. Der Streit um das Gewerkschaftsprinzip wird zu einer ernsthaften Krise für die Katholiken Deutschlands führen, wenn nicht die kirchliche Behörde hier rechtzeitig eingreift und jene Panikler zur Ordnung ruft.“

Nachdem Giesberts in der „Saarpost“ diese Worte christlicher Solidarität wiedergegeben, meint er:

„Ich gebe gerne zu, daß man verschiedene Meinung darüber sehr kann, ob es tatsächlich klug und vom katholischen Standpunkt aus korrekt war, die Absolutionserweiterung zu verzögern zu wählen. Indes die Spannung zwischen den katholischen Fachabteilern und den katholischen Führern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat sich bekanntlich durch die letzten Vorgänge sehr verschärft. Wenn man ein halbes Menschenleben in der katholischen Bewegung gestanden hat und seine beste Kraft in den Dienst der Vertheidigung der christlichen Arbeiterbewegung stellte, und wird schließlich dann versteckt und offen als minderwertiger Katholik verkehrt und in seiner katholischen Gesinnung verdächtigt, so kann auch der ruhige Mensch im Eifer sich über Tatsachen in den Augen mitgeteilt hat. Solche Dinge lassen sich allerdings nicht kontrollieren, aber es ist höchst bezeichnend, wenn die Arbeiter mit solchen Klagen an uns herantreten. So kann es nicht weiter gehen! Die katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, haben diesem Treiben lange genug zugesehen. Sie werden energischen Schutz gegen diese Verfolgung seitens der Fachabteilungen verlangen müssen. Wenn aus dieser Stimmung heraus in katholischen Wörtern gefallen sind, so ist es immerhin erklärlich. Der Streit um das Gewerkschaftsprinzip wird zu einer ernsthaften Krise für die Katholiken Deutschlands führen, wenn nicht die kirchliche Behörde hier rechtzeitig eingreift und jene Panikler zur Ordnung ruft.“

Wir sehen, Herr Giesberts weicht zurück, aber nur bis zu einer gewissen Grenze. Er streitet es nicht ab, sich über den Missbrauch des Beichtstuhls geäusert zu haben, aber man habe ihn gereizt und als „minderwertiger Katholik“ verkezt. Der Bischof möge einen Abgesandten zu ihm senden und er wolle sich dann in Gnaden herbeileßen, die Unterlagen, worauf sich seine Behauptungen stützen, vertraulich mitzuteilen. Giesberts fühlt sich also nicht als der Gebrochene, der in Sac und Asche das weitere auf dem Bischofshofe zu Trier abzuwarten hat. Er wehrt sich und erwartet gnädig den Bischofsgesandten! Und was das schönste ist, ein Teil der Zentrumspresse bringt Giesberts hilfreich bei, so u. a. auch die Neunkirchener Volkszeitung vom Samstag den 3. Oktober. Dieses Zentrumspapier wendet sich in heftiger Weise, um Giesberts zu verteidigen, gegen den Chefredakteur Dr. Krückemeyer von der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“, gleichfalls ein Zentrumspapier. Krückemeyer hatte am 1. Oktober in seinem Organ folgende bissige Ausführungen über Giesberts gemacht:

„Somit ist es also Tatsache, daß Herr Abg. Giesberts ungewöhnlichen Vorwurf, ein katholischer Geistlicher wegen des Beichtstuhls geäusert zu haben, aber man habe ihn gereizt und als „minderwertiger Katholik“ verkezt. Der Bischof möge einen Abgesandten zu ihm senden und er wolle sich dann in Gnaden herbeileßen, die Unterlagen, worauf sich seine Behauptungen stützen, vertraulich mitzuteilen. Giesberts fühlt sich also nicht als der Gebrochene, der in Sac und Asche das weitere auf dem Bischofshofe zu Trier abzuwarten hat. Er wehrt sich und erwartet gnädig den Bischofsgesandten! Und was das schönste ist, ein Teil der Zentrumspresse bringt Giesberts hilfreich bei, so u. a. auch die Neunkirchener Volkszeitung vom Samstag den 3. Oktober. Dieses Zentrumspapier wendet sich in heftiger Weise, um Giesberts zu verteidigen, gegen den Chefredakteur Dr. Krückemeyer von der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“, gleichfalls ein Zentrumspapier. Krückemeyer hatte am 1. Oktober in seinem Organ folgende bissige Ausführungen über Giesberts gemacht:

Die Tätigkeit der Fachabteilungsgesellschaften durch Hinzuverrennen kirchlicher Institutionen in den Gewerkschaftsstreit hat schon das größte Vergernis erzeugt. In großer Zahl haben heute schon katholische Bergleute ihre Weichtpflicht nicht mehr bei ihrem heimischen (Fachabteilungs-) Geistlichen aus, sondern sie suchen die Weichtpflicht von Geistlichen in anderen Ortschaften, nur um vor den ewigen Bestrafungen im Beichtstuhl wegen ihrer Bugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft sicher zu sein. Der Mischungsgewerbe macht sich von dem Treiben der Fachabteilungsgesellschaften gar keinen Begriff. Sonntag für Sonntag wird in teils offener, teils versteckter Weise die Kanzel zu unverantwortlichen Hehereien gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt. Herr Gewerkschaftssekretär Hülkes-Walstatt, der selbst Katholik ist, stellt z. B. in einer Polemik gegen den Dechanten Hansen in Illingen in Nr. 101 der "Saarpost" fest, daß seit Jahr und Tag Fachabteilungsgesellschaften die Kanzel zu gewerkschaftsfeindlichen Brocken missbrauchen. Er sagt unter anderem:

"Warum hat Herr Dechant Hansen nicht gleich mitverrichtigt, daß katholische Mitglieder der christlichen Gewerkschaft seit Jahr und Tag von Seiten des Berliner Geistlichen und Vion als „auch katholisch“, „abtrünnig“, „Modernisten“ usw. verächtigt werden. Vielleicht berichtet dann Herr Dechant Hansen auch weiter, daß seit Jahr und Tag von einer Anzahl Berliner Geistlichen der Kampfplatz gegen die christlichen Gewerkschaften auf die Kanzel verlegt wird. So geschah dies besonders bei den letzten Abgeordnetenwahlen. Ein anderes Bild: Ein katholischer Agitator des christlichen Gewerksvereins besuchte Sonntags einen Ort, um eine Versammlung abzuhalten, besuchte zuvor die heilige Messe und hörte zu seinem Erstaunen von der Kanzel herunter, daß in der Gewerkschaftsversammlung ein Mensch reden werde, der die katholischen Bergleute von ihrem Glauben abwendig machen wolle und sozialdemokratische Lehren verbündet. Der Herr Pfarrer warnte deshalb nachdrücklich vor dem Besuch der Versammlung. In einer anderen Kirche wurde das Hierarchische des Bischofs vorgelesen, in welcher vor den religiösen feindlichen Vereinen gewarnt wird. Nach Verlesung der Beteiligung ist der Pfarrer das Blatt sinken und meinte: „Dazu gehören auch die christlichen Gewerkschaften“. Zur Verächtigung gehörte sich auch das Vorgetragen des Herrn Pfarrer Dr. Moher in Silzbach, der am 20. Juli von der Kanzel herunter, wie schon so oft, die christlichen Gewerkschaften in der heftigsten Weise angriß..."

Sowohl ein christlicher Gewerkschaftssekretär, unseres Erachtens ist vom Missbrauch der Kanzel bis zum Missbrauch des Beichtstuhls zu gewerkschaftsfeindlichen Zwecken doch nur ein kleiner Schritt. Wozu also die Aufrüstung? Von Sulzbach aus gingen vor einiger Zeit Sonntage für Sonntag eine Anzahl katholischer Gewerkschaftler nach den benachbarten Döbberer zur Kirche, nur um in ihrer Gemeinde nicht fortgesetzt die öffenen und verdeckten Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften von der Kanzel herunter hören zu müssen. In einem Dorfe der Tholeyer Gegend hatte der Ortsgeistliche von heiliger Stelle aus fortgesetzt gegen die christlichen Gewerkschaften gedroht und die Bergmannsfrauen derart fanatisiert, daß diese ihnen nur Sonntags von der Grube heimkehrenden christlich organisierten Männern die schrecklichsten Szenen machen. Einem Bergmann wurde das Treiben seiner Frau so stark, daß er es vorzog, mehrere Wochen im Quartier zu bleiben und Sonntags nicht nach Hause zu gehen.

In einem anderen Ort hatte die Bahlstelle des christlichen Gewerksvereins den Geburtstag des Kaisers gefeiert und die Feier etwas lange ausgedehnt. Am nächsten Sonntag machte der Ortsgeistliche, der sonst alle anderen Vereine beim Festfeiern ruhig genommen ließ, diese Kaisergeburtstagfeier zum Gegenstand einer Predigt. Der Schluss der Predigt lautete etwa wie folgt: „Verflucht sei das Haus, in dem das Fest stattfand... verflucht sei der Wirt, dieser Gaulenzer... verflucht sei jeder Stein, der auf dem andern ist... verflucht sind alle, die an dem Fest teilnahmen usw.“ Ein anderer Geistlicher verglich von der Kanzel herunter die christlichen Gewerkschaftssekretäre mit ungetreuen Haushaltern. Ein Fachabteilungsgesellschafter im Landkreis Ahrweiler fügte dem christlichen Gewerkschaftssekretär Hülkes ganz unverblümmt vor, er habe sich von den Freunden der katholischen Kirche bestechen lassen. —

Und fällt beim Niederschreiben dieses eine Episode ein, die sich nach der Aussage von Ohrenzeugen wie folgt abgespielt hat: „Der katholische Pastor von Limbach, ein Fachabteilungsgesellschafter, steht in Saarbrücken mit mehreren christlichen Gewerkschaftlern vor Gericht. Es handelt sich um Beleidigungssklagen, Verleumdung zu Meinung und Äußerung in den Dörfchen, Verleitung zu dem Meinung und Äußerung in den Dörfchen, Wissensraub der Kanzel usw., in welche der Pfarrer mit verwickelt war. Die Richter verurteilten allerdings die Bergleute wegen Beleidigung des Pastors zu einer Geldstrafe, aber den genannten Fachabteilungsgesell verurteilten moralisch folgende Worte des Staatsanwalts: „Wenn auch nur der zehnte Teil von dem wahr ist, was die Zeugen gegen den Herrn Pfarrer vorbrachten, dann sind die Zustände in seiner Gemeinde nicht bedauerlich, sondern schauerlich.“

Die „Neunkirchener Volkszeitung“ begegnet dann noch einem Einwand des Dr. Krückemeyer damit, daß Beschwerden über solchen Missbrauch der Kanzel keinen Erfolg haben. Er, Krückemeyer, sei ein Feind der christlichen Gewerkschaften, der nichts unterlässe, um diese zu vernichten. Über die gewerkschaftliche Disziplin sei nirgends so stark als bei den christlichen Gewerkschaften im Saarrevier: „Sollte es auch nur einem Vertrauensmann eintreten, nach Dr. Krückemeyerschem Rezept einen Protestzettel gegen Giesberts mitzumachen, so würde ihm bestwendend von der Gewerkschaftsleitung in Saarbrücken die Krawatte angezogen werden.“

Höher hinaus geht's nimmer! Und die Vertreter beider Richtungen entblößen sich nicht, fortgesetzt auf den angeblichen Terrorismus und Meinungstreit der freien Gewerkschaften und innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung hinzuweisen.

Mit welchem Nutzen fiel man früher über unsere Kameraden her, wenn sie hier und dort auf den Missbrauch von Kanzel und Beichtstuhl durch die Geistlichkeit gegen den Bergarbeiterverband hinstießen. Flugs war die Religion „angegriffen“ und „beschmäht“. Und heute noch erleben wir in christlichen Revieren, daß man sich seitens christlicher Gewerkschafter solcher Waffen gegen uns bedient. Zwischen werden die christlichen Gewerkschaften nicht anders behandelt, da wo die katholischen Fachabteilungen im Kampf mit ihnen eingeschlagen sind. Obige Darlegungen Giesberts und der Zentrumsresse sind Kulturdokumente für die Unbildung und Intoleranz im christlich-katholischen Lager. Und das Ende ist hier noch nicht absehbar. Den Gründern und Befürwortern der christlichen Gewerkschaften dürfte ob diesen Begebenheiten nicht sonderlich zu Mute sein. Aber wie heißt es doch: Die Weisheit, die ich rief, werde ich nicht los!“ Es geschieht ihnen schon recht, den christlichen Gewerkschaften!

## Börsenwirtschaftliche Rundschau.

### Der erlösende Kohlenzehnten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das Mittel gefunden, durch das sich die Agrarier vor der Last der Finanzreform drücken können. Der Kohlenzehnt ist es! Die „Kölnerische Zeitung“ hat in einer Notiz über die Elektrizitätssteuer beiläufig erwähnt, daß eine befürdene Besteuerung der Kohle bisher nicht stattfindet; eine Kohlenzondersteuer sei vielleicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Begründig fällt nun das Bundesblatt über den Gedanken her, um ihn in seiner Weise weiterzuspinnen. Das Blatt schreibt:

„Es ist bedauerlich, daß die liberale „Kölnerische Zeitung“ sich nicht darüber ausgesprochen hat, in welcher Form sie die Kohle zur Steuer herangezogen seien möchte, nachdem sie sich aus Peppel vor der Großnotiz der Kohlenaktionäre dagegen vertheidigt hat. Jedenfalls hat hier gerade von liberaler Seite her einmal die „Steuerwütigkeiten“ nach einer vorzüglich sehr reichen Quelle hin geschlagen. Man kann

es wohl als ziemlich feststehend ansehen, daß bei Kohlenförderung und Kohlenhandel mit die größten Vermögen in Deutschland erworben sind und noch werden. Der Reichssteuerfiskus aber hat diese reiche Industrie vollkommen mit einer Zubuterhebung verschont, während er doch zum Beispiel hunderte von Millionen aus den vielen, sehr viel weniger einträglichen Gewerben der Buder, Spaltstahl und Zahnpulpa zieht. Das könnte eigentlich um so unverständlich erscheinen, als doch die Kohlenindustriellen durch die Schlagabreber dem vorläufigen Boden unerschöpfer Werte entziehen, also die Gesamtheit desselben weniger wertvoll machen, während bei den anderen erneut genannten Gewerben die umgekehrte geschah.“

Vielleicht erwägt die Steuermannskommission des Bundesrates, wie sie die über den liberalen „Kölnerischen Zeitung“ angeregte Heranziehung der Kohlengruben zu den Reichssteuerlasten am besten bewerkstelligen und damit zugleich den Bayern eine Elektrizitätssteuer oder Wasserstraftaxe annehmen könnte.“

Schließlich verweist die „Tageszeitung“ noch darauf, daß die „Kölnerische Zeitung“, das rheinisch-agrarische Zentrumblatt, an den Rücken Kohlenzehnten erinnert habe, den sich die Stadt von den geförderten Mengen zahlen läßt. Auch hier ist der Schlußstrahl: Kohlenzehnten für den Staat! Das Zentrumblatt schließt in Übereinstimmung mit der „Tageszeitung“:

„Für unser Reichsschazamt aber wäre es eine gute Aufgabe, einmal ausrechnen zu lassen, wieviel in die Reichskasse stecken könnte, wenn nach den beschöndeten Sätzen von Zwischen alle Gruben im deutschen Boden einen Kohlenzehnten für die Gesamtheit abgeben müßten.“

Freilich sind Kohlenzehnten gute Einnahmequellen, aber die Bergwerksbesitzer werden es verstehen, diese Steuer nicht aus ihren eigenen Taschen zu geben, sondern sie auf die Konsumenten abzuwälzen. Und gewiß ist, daß für die Bergwerksbesitzer selbst dabei noch ein hübscher Gewinn übrig bleibt, drückt doch nicht einmal den Zwischenkohlenbergbau der „Zehnten“, und er steht hiermit ziemlich isoliert da. Weniger dient der „Zehnten“ den Werksbesitzern Kostschmerzen bereiten, wenn er sich auf das ganze Reich erstreckt. Was in Betracht geogen werden müßte, wäre nur die Rücksicht auf das Ausland. Und auch das würden die Grubenbesitzer überwinden. Warum versäßt man nicht auf eine vernünftige Vermögens- und Einkommensteuer, die den Besitz belastet und die Armut nicht? Nun, wir werden erleben, wie Junker und Großindustrie bei den neuen Steuerberatungen sich gegenseitig die Hände waschen. Hingegen werden, wie immer, die breiten Massen des Volks zu bluten haben.“

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Die Entwicklung der Braunkohlenindustrie der Niederlausitz.

Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich die Förderung der Braunkohlen in der Niederlausitz verdoppelt. So wurden im Jahre 1898 auf den im Bezirk der Handelskammer Cottbus gelegenen Werken mehr als 90 Millionen Hektoliter Braunkohlen gefördert, die im Jahre 1907 auf mehr als 180 Hektoliter stieg. Die Braunkohlfunde im genannten Kreis dienten in das 19. Jahrhundert zurückzulegen, jedoch kann von einer Förderung erst in den vierzig Jahren des vergangenen Jahrhunderts gesprochen werden.

Das zum Jahre 1870 stellten sich die Förderungsziffern und Arbeiterzahlen des Senftenberger Bergreviers in fünfjährigen Zwischenräumen wie folgt:

im Jahre 1845	700 Hektoliter Kohlen	2 Arbeiter
" 1850	20 884	5 "
" 1855	888 747	129 "
" 1860	580 974	115 "
" 1865	1 888 698	297 "
1870	2 704 725	437 "

Der Bergbau hatte also, um zu einer noch nicht drei Millionen Hektoliter betragenden Förderung zu gelangen, auch wenn man nur den Zeitraum rechnet, wo Aufzeichnungen existieren, mindestens 25 Jahre gebraucht.

Sobald die Bruttettierung der Braunkohle begann, steigerte sich die Förderung der Kohle. Die Förderungsziffern lauten für die Folgezeit:

im Jahre 1872	4 984 080 Hektolitter Kohlen	700 Arbeiter
" 1875	7 323 191	857 "
" 1880	10 252 103	1 046 "
" 1885	14 187 035	1 503 "
" 1890	32 905 910	8 148 "
" 1895	81 144 000	5 508 "
" 1900	113 500 838	8 408 "
" 1905	162 928 652	10 676 "
1907	180 410 018	11 406 "

Im Jahre 1872 begann man zuerst im Kreise Kalsau mit der Herstellung von Brilets. Wie dies bei Neuerungen stets der Fall zu sein pflegt, wird wohl die Industrie aufänglich haben Lebhaft zahlen müssen und mit den ersten Versuchen wird ein erheblicher Zeitraum verstreichen sein. Jedensfalls geben die Produktionsziffern zunächst eine sehr geringe und auch zeitweise sehr schwankende Leistungsfähigkeit der einzelnen Preisse an. Aus dem Jahre 1872 führen die Quellen zwei Preissen an, geben aber noch keine Aussicht über die Produktion. Diese wird also jedensfalls nur ganz unerheblich gewesen sein. Trotzdem zeigen die vorstehenden Zahlen, welchen Umschwung die Bruttettierung in der Förderung von Kohlen sofort hervorrief.

Auch die Produktion von Brilets zeigt eine fortlaufende Steigerung.

Sie gibt folgendes Bild, wobei wir die Zahl der Preßen mit anführen:

im Jahre 1872	2 Preßen	2 Brilets
" 1875	7	15 920 "
" 1880	10	42 472 "
" 1885	20	128 136 "
" 1890	62	458 929 "
" 1895	110	1 116 712 "
" 1900	177	2 297 183 "
" 1905	241	3 533 425 "
1907	255	3 938 466 "

Es soll übrigens in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt bleiben, daß sich im Laufe der letzten 18 Jahre im Westen des Reiches, im Regierungsbezirk Köln, eine Braunkohlenindustrie entwickelt hat, bei der ganz ungewöhnliche Fortschritte in der Produktion zu verzeichnen sind. Zur Illustration geben wir die Zahlen kurz wieder und stellen ihnen die Produktionsziffern der Regierungsbezirke Merseburg und Frankfurt a. O., der bedeutendsten Produktionsgebiete Preußens, gegenüber. Nach den amtlichen Angaben haben nämlich gefördert:

### Regierungsbezirk

Jahr	Merseburg	Frankfurt a. O.	Köln
1890	6 926 830	3 513 019	583 509
1895	8 178 498	5 814 584	981 440
1900	12 305 289	10 215 856	5 142 242
1905	15 850 387	13 879 056	7 812 407
1906	16 169 628	14 540 854	9 502 098

Die Zahlen ergeben, daß der Regierungsbezirk Köln im Jahre 1890 von der Produktion des Regierungsbezirks Merseburg nur den 14. Teil, von Frankfurt a. O. nur den 7. Teil ausmachte. Zum Jahre 1906 — die Ziffern des Jahres 1907 liegen zur Zeit noch nicht vor — macht die Produktion des Regierungsbezirks Köln fast  $\frac{1}{3}$ , derjenigen des Regierungsbezirks Merseburg und ungefähr  $\frac{1}{3}$ , derjenigen des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. aus.

### Es langt zu!

Die letzten Geschäftsaufschlüsse der großen Gesellschaften Harpen, Phönix und Laurahütte weisen folgende Ziffern aus:

Harpener Bergbau	Phönix	Laurahütte	Zus. für die 3 Gesellschaften
1905/06	20 548 832	26 601 005	8 245 256 55 395 098
1906/07	21 886 385	27 504 628	8 878 547 58 175 068
1907/08	24 790 937	27 391 888	8 691 546 60 879 8

B. Braunlochsen.	14 719 448	6 582	14 682
Bilz-Lippe-Kompanie	2 894 112	182 888	—
Wolfsberg-Thomashöhe	841 900	—	—
Brot und Brothausdorf	817 876	—	—
Wolfsberg-Rößbach	688 821	—	—
Ulfal-Sagor	788 800	—	—
Altluß und Dalmatien	200 700	—	—
Wallzen	16 740	—	—
die übrigen Bergbaus der Südbaden	246 826	—	—
die übrigen Bergbaus der Alpenländer	608 540	—	—
Bis. Braunlochsen im August 1908	21 942 272	188 865	14 682
" Braunlochsen im August 1907	21 808 042	118 180	81 924
Vom Januar bis Ende	178 017 954	1 262 647	212 070
" Januar bis Ende	172 820 287	917 882	212 885

## Aus den Unternehmerverbänden.

### Der Kampf Alles gegen Alle!

Graf Henckel von Donnersmarck hat seinen Willen. Er und andere haben das Roheisen syndikat in die Brüche gehen lassen. Den Sonderinteressen der gewaltigen Güternherren steht nichts mehr im Wege. Wenn das Syndikat auch bis zum 1. Januar formell noch besteht, so hat es praktisch schon mit dem 1. Oktober sein Ende gefunden. So klagt die Deutsche Bergwerks-Zeitung: „Wie wir den Syndikaten gegenüberstehen, darüber haben wir nie einen Zweifel gelassen. Wir nehmen sie als eine Gruppe der wirtschaftskapitalistischen Entwicklung hin. Von der Kartellierung der Unternehmer, sei es in Gestalt von Syndikaten und Kartellgesellschaften, geht es hinüber zur Trustbildung, deren Anfänge wie in Deutschland schon bewundert waren. Mit ihnen, voraussiehend und noch kommend, erscheinen die gewaltigen Kapitalmagnaten, welche Industriegebiete allein beherrschend. Dieser Zustand, der von niemanden mehr abgeleugnet werden kann, ist die glänzendste Verteidigung des Marxismus und mit ihm des Sozialismus. Hier kann nur die ordnende Staatsgewalt noch Schanden ziehen, nichts anderes. Diese Ansicht ist nicht mehr allein das Prinzipium der ausgesprochenen Sozialdemokraten, sie sucht sich Eingang bei allen denen, die diesen kapitalistischen Entwicklung nicht blind gegenüberstehen. Das Problem des Sozialismus kann nicht einmal mehr von den bürgerlichen Kritikern dieser kapitalistischen Entwicklung umgangen werden. Nur noch Toren und die Gewinnenden mögen ihn ignorieren.“

Das Roheisen syndikat ist am Ende, es wanken auch das Kohlen- und Stahl syndikat. Wie es hier in Zukunft werden wird, wissen wir jetzt noch nicht. Eins steht fest, viele Freunde haben sich diese kapitalistischen Gebilde nicht erworben. Ihre Brutalität und ihre Rücksichtslosigkeit, mit der sie ihre Politik betrieben und noch betreiben, haben die Rechten dieser Organisationen verbündet, trotz aller Mühe der Syndikate und der ihr ergebenen Preise, diese Rechten fortgesetzt hervorzutreten. Stärker als Kartellinteressen haben sich die Sonderinteressen gesetzter und so sehen wir, wie alle Banden der Solidarität und Disziplin im Unternehmerlager zerreißen, wenn es sich um Gewinn handelt. Wie es mit dieser Solidarität und Disziplin bestellt ist, darüber haben wir unter Ausziehung von Neuauflagen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ in Nr. 20 unseres Verbandsorgans berichten können. Heute wollen wir dasselbe Unternehmerorgan sprechen lassen über die ferneren Aussichten einer syndikatlosen Zeit. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 4. Oktober schreibt:

„Am 1. Oktober hat das Roheisen syndikat praktisch sein Ende gefunden, wenn es auch formell noch bis zum 1. Januar besteht. Seit gestern stehen sich diejenigen, die anderthalb Jahrzehnte lang in treuer Kartellfreundschaft nebeneinander gestanden haben, als Konkurrenten gegenüber und statt den Kampf für die großen gemeinsamen Interessen des Gewerbes zu führen, kämpfen sie jetzt gegeneinander den rücksichtslosen Kampf um ihr Einzelbasisen, der mehr als einmal die Industrie an den Rand des Überganges gebracht hat. Der Kampf um die Aufträge, das Fagen nach Arbeit, das Unterbieten und Überbieten, das „Gefüllen, Erraffen“ im uneingeschränkten Kampf ums Dasein ist losgebrochen und bald wird man seine trostlosen Begleitersehnen sehen: das Sinken der Preise, das Fallen der Bühne, das Sinken und Untergehen des Schwachen — das erbarmungslose „Survival of the fittest“ (Lebenskampf der Tüchtigsten im Kampf ums Dasein) wie es im Kampf der Tiere nach dem großen Darwin vorwaltet. Das war ja gerade das Ehrenschild der Syndikate, ihre moralische Daseinsberechtigung, daß sie den kleinen mit, oder besser gesagt, durch den Großen am Schwimmen halfen, daß sie den Schild über ihn hielten und ihn in allen Fährnissen schützen. Dieser Schutz ist nun niedergeschlagen und es wird sicher nicht lange dauern, bis wir die Kunde vom Untergang der Schwachen hören. Und stehen nun diesem unermüdlichen Verlust irgend welche Gewinnkonten gegenüber? Der Verbraucher, so sagt man, wird billigeres Roheisen erhalten und die Herstellungskosten seiner Fabrikate werden sich erheblich verringern. Das ist seit Jahren das Feldgeschrei aller Syndikatgegner gewesen und unter diesem Beziehen haben sie ihren erbitterten Kampf geführt. Aber wie steht es nun damit? Selbst die „Frankfurter Zeitung“ sieht sich zu der folgenden objektiven Würdigung dieser ausschlaggebenden Frage genötigt: „Der Kampf aller gegen alle“ wird die Roheisenpreise, die jetzt nicht mehr künstlich gehalten werden, zur Freude der Verbraucher zum Weichen bringen, wenn auch vielleicht der Rückgang durch das Hochbleiben der Selbstkosten in Grenzen gehalten werden wird. Und davon wird auch der übrige Eisenmarkt in Mitteleuropa gezogen werden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die syndikatierten Artikel zunächst weiter von den Kartellen gehalten werden, die nichtsyndizierten aber bereits so sehr im Preis gesunken sind, daß der Preispunkt schwerlich noch allzu weit sein kann.“ — „Wir werden von dem Zustand schwierig noch allzu weit entfernt sein“ und „Der Rückgang wird durch das Hochbleiben der Selbstkosten in Grenzen gehalten werden!“ Sehr richtig, aber die Preise werden sich, in der Jagd nach Arbeit, ohne Zweifel um das Existenzminimum bewegen und die Großen und Starken werden, um dem Schrecken ein Ende zu machen, in dem gegebenen Falle sogar unter dieses Minimum heruntergehen, wodurch dann einem Wettbewerber die Existenzmöglichkeit entzogen wird. Über ist ein solcher Zustand, sind solche „billigen Preise“ ein Vorteil für irgend Jemanden? Daß sie den Raum für die Ursprungsinustrie bedeutet, braucht nicht mehr ausgeführt werden; daß die Masse der Arbeiter durch verminderte Löhne leiden wird, liegt ebenfalls auf der Hand, denn unter solchen Umständen kann auch mit der Waffe der gewerkschaftlichen Organisation nichts mehr ausgerichtet werden. Über auch diejenige Industrie, der das Rohmaterial nunmehr etwas „billiger“ gekostet wird, hat am letzten Ende ganz ohne Zweifel den Schaden von diesem Sinnen der Preise bis zur Grenze der Möglichkeit. Ungefähr in diejenige Industrie, von der sie das Rohmaterial bezieht, in vielen Fällen Kunden für diejenige Industrie, die die Fertigabteilung erzielt. Werden ihre Preise beschnitten, so ist die nächste Kette Folge, die in jüngster Entwicklung der Betriebsfeste, Einschränkung in den Ausstattungen und Erweiterungen, Einschränkung in den Ausgaben für neue Maschinen, für Verbesserungen und Neuerungen, die nicht absolut notwendig sind. Durch die Herabsetzung der Löhne in einer großen Ursprungslinie aber wird dann seines die Kaufkraft von Zehntausenden, in der Schleinerindustrie von Hunderttausenden geschwächt. Darunter aber leiden vielf. Dutzende von Industriezweigen und wenn das Lebensniveau so steiler herabgedrückt wird, so bleibt auch diejenige Industrie, die soeben „billige“ Roheisenpreise erhalten hat, nicht verhindern und am Ende geht sie ihr nicht schlechter als zuvor. Solche Maßnahmen können nur in einem weiteren und größeren Geschäftsfeld richtig beurteilt werden; aus Maßnahmen, die der Allgemeinheit Schaden bringen, kann auf die Dauer einem einzigen Industriezweig kein Nutzen erwachsen. Das Roheisen syndikat hat zu rotieren angehört; die weiterverarbeitenden Industrien werden billigeres Roheisen erhalten. In dem Tage, wo dazu durch den Zusammenbruch des Kohlen syndikates alle Industrien und das ganze Volk billigere Kohlen, durch den Zusammenbruch des Stahl syndikates billigeres Stahl, durch den Zusammenbruch aller übrigen Verbände billigere Artikel aller Art erhalten würden, würde in Deutschland ein Bankrott ausbrechen, wie er in der Wirtschaftsgeschichte der

Welt noch nicht dagewesen ist. Das würde der Tag des stricken „Klabberabfalls“.

Und dann malt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in blitzen Bühnen das Geschehend, daß in Amerika und England über die Industrie und Arbeitersklasse herumgebrüllt ist; wie die Arbeitslosen zu Hause laufen auf die Straßen, ziehen und vor die Rathäuser marschieren, um dort Brot zu verlangen, statt dessen gibt es blutige Kämpfe mit der Polizei und blutige Blöße.

„In England ist alles billig“, Brot, Fleisch, Kohlen, Eisen. Man kann in allen diesen Dingen in Kalass produzieren und große Profite machen, kein Syndikat, kein Schuhjahr hindert und beeinträchtigt das herrliche „freie Spiel der Kräfte“, statt den Kampf Alles gegen Alle, den Kampf der kleinen gegen die Großen und der Großen gegen die kleinen. Aber in seinem Innern ist der Welt ist auch die Arbeitslosigkeit und das Gleiche größer, in keinem Lande stärker als in England, als in Amerika und England, als in Russland, als in Spanien, als in Italien, als in Frankreich, als in Deutschland. Und der Kampf der kleinen gegen die Großen und der Großen gegen die kleinen ist ebenso stark wie der Gewerbetreibende schneller von oben nach unten, in keinem Lande herrscht der ganz Große unumstrukturierter, in keinem Lande gähnt die Kluft zwischen Arm und Reich tiefer und dunkler als dort. Osteuropa und Westeuropa sind durch eine Welt getrennt zum Schaden der ganzen Nation. Das soziale Gewissen ist eingestellt durch „Wohltätigkeit“, die nur Bettler das Leben fristet. Dienstleute Leute, die uns durch die Fortschaffung unserer industriellen Organisationen in solche Bahnen weisen wollen, wissen nicht, welchen Schaden sie dem gesunden Leben Deutschlands, welchen Übeln sie seinen besten Kräften und Stämmen tun.“

Das ist eine bestialisches scharfe Sprache des Beobachters gegen den Kapitalsyndikat, der seine Schranken weggeschlagen hat und solche nicht mehr kennen will. „Osteuropa“ und „Westeuropa“ — die Viertel Londons, die unermeßlichen Weltstädte und eindrückliche Kleinstädtchen ausgestopft! „Das soziale Gewissen ist eingestellt durch „Wohltätigkeit“, die nur Bettler ist.“

Wohin sind wir geraten, daß ein Verfechter des modernen

Organisationskapitalismus zu solchen sozialistischen und antifaschistischen Schätzungen kommt, und was für den Vertreter der Syndikate in der Bergwerkszeitung schlimm ist, ist, daß er recht hat, vor allen Dingen in der Kritik. Wede uns aber die „Deutsche Bergwerkszeitung“ etwa abtreten würten, daß nicht in anderen Ländern mit besser organisierten Kapital — bei uns in Deutschland in Holen der Krise — sich ebenso traumatische Bilder zeigen. Ja, wenn Syndikate in der Lage wären, Kreisen aufzuhalten, dann blieben sie ja jetzt nicht vorhanden sein. Denn, in Kartellbildungen in der Eisen- und Stahlindustrie mangelt es nicht, es ist bis jetzt das Roheisen syndikat doch auch noch seine Wirkung aus. Und wie, wenn nicht die Arbeiterorganisationen Wirkungen opfern, um die Opfer der Krise — wenigstens soweit sie organisiert sind — über Wasser zu halten? Es wäre wahrscheinlich auch bei uns schon schlimm genug aus. Und wir wissen nicht einmal, ob wir den Liekstand der wirtschaftlichen Depression erreicht haben. Amerika ist eines der fortgeschrittenen Länder, wo Trusts und Kartellkartelle herrschen. Die „Bergwerkszeitung“ sagt uns aber selbst, daß eine Zeit lang die Hälfte der Industrie in Amerika still lag, fünfzig Prozent der Hände keine Arbeit hatten. Wohl, wie geben zu Syndikate können unter gewissen Voraussetzungen arbeiten, ein Überstürzen der Produktion verhindern, wenn sie wollen. Aber wie oft und wann geschieht das? Der Starke drängt vorüber, ihn lämmen nicht die wirtschaftlichen Letzten, weder Gleich, noch das Glück anderer Menschen. Und Syndikate sind nicht Vereinigungen der stärkeren Unternehmern die verheerend über Arbeiter und selbst über die vereinigten wirtschaftlich schwächeren Unternehmern hinwegschreiten. Die Arbeiterlosigkeit würde hierbei vollends der Spiegelball des Zusfalls sein, wenn sie nicht die Beobachtungssage die Wege zeigte, sich vor dem Untergang zu retten. So aber weiß die Arbeiterschaft, daß der Gang des Kapitalismus so geht, wie die „Bergwerkszeitung“ ihn zu verdamnen sucht. Mit oder ohne Syndikate drängt es hin zur Unhaltbarkeit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Zustände. Und die Arbeiterschaft zieht ihre Lehren hieraus, muß sie ziehen. Das Ergebnis ist: Der „Kampf Alles gegen Alle“ wird erst besiegt sein, und der verherrnde Kampf der „Großen“ gegen die „Kleinen“ wird erst aufhören, wenn der Sozialismus den Kapitalismus abgelöst haben wird. Das ist unsere feste Überzeugung.

„Gewerkschaften müssen Kampfsorganisationen sein, Entbehren sie dieses Charakters, so erfüllen sie in der gegenwärtigen Zeit nicht ihre Aufgabe.“

Eine solche Erklärung wird hier und da, namenslich in bürgerlichen Kreisen, Unsteth erregen. Mit Unrecht! Prinzipielle Gegenseitigkeiten eben nicht ausgelöscht, sondern müssen ausgelöscht werden. Diejenigen Kräfte, die sich den Kleinen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft entgegenstellen, sind noch nicht gewillt, ihre Position preiszugeben. Dort aber, wo die Arbeiterschaft einen Sieg über jene Kräfte erzielt, ist sie der Stetigkeit des Grundes noch nicht sicher. Innerlich ist der Gegner überwunden, innerlich aber lebt in ihm Groß, der zu gegebener Zeit sich Ausdruck verschafft, und das von der Arbeiterschaft Erzeugene wieder zurückarbeit.

Ohne durchgreifende Kämpfe wird die Arbeiterschaft nicht in den dauernden Besitz wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung kommen; deshalb werden auch die Erwartungen derer getäuscht werden, die glauben, daß mit der Tarifbewegung und der Anerkennung derselben durch die Arbeitgeber die wirtschaftlichen Kämpfe beseitigt werden. Der gewerkschaftliche Kampf richtet sich nach den Anschauungen vieler gegen die Klasse der Arbeitgeber, um von dieser bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlangen. Ganz richtig ist die Aussicht nicht. Es gilt in den Gewerkschaften nicht den Kampf zu führen, allein gegen die Gewinnsucht der Arbeitgeber und um ein besseres, materielles Los der Arbeiter, sondern der Kampf richtet sich in seinem Endziel gegen alles das, was sich der Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur entgegenstellt.“

Diese Gegenüberstellung pöplicher Ansichten und Anschaunen christlicher Gewerkschaftsorgane blühten zunächst genügend, um sich der tiefen Kluft bewußt zu werden, die zwischen Rom und M. Gladbach gähnt, soweit gewerkschaftliche Forderungen und christliche Arbeitersorganisationen in Frage kommen. An eine Ueberwindung dieser Kluft ist nicht zu denken, oder die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften müssen sich selbst aufgeben. Darauf ist vorläufig nicht zu denken, wenn es überhaupt jemals geschehen sollte. Immerhin ist festzustellen, daß die Fachabteilung in ihrer Position den christlichen Gewerkschaften gegenüber gestärkt worden sind und daß sie deshalb die pöplichen Ansichten als eine wichtige Waffe für sich in Anspruch nehmen werden. Und das ist, was den christlichen Gewerkschaften, die sich bis jetzt gleichfalls noch auf Rom berufen, sehr harte Schläge einbringen wird. Von Rom verlassen, sind sie jetzt so ziemlich auf sich selbst angewiesen. Wir wiederholen, was wir schon so oft gesagt haben: Die christlichen Gewerkschaftsführer sind wirklich nicht zu beneiden.

### Bürgerliche Kreitneu.

Durch die bürgerliche Presse läuft folgende Notiz:

„Seit einigen Jahren besteht eine „Unterstützungs-Vereinigung“ in der modernen Arbeiterbewegung täglichen Angestellten“. Aus der Abrechnung vom zweiten Quartalsjahr 1908 kann man ersehen, wie groß die Zahl der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten sein muß; denn nicht weniger als 5000 Mitglieder haben Beiträge geleistet. Da nicht alle sozialdemokratischen Beamten — von den Krankenkassenbeamten ganz abgesehen — der Vereinigung angehören, muß man annehmen, daß deren Zahl sich auf weit über 6000 Köpfe beläuft. Das ist ein zahlreiches Heer, das von den „Arbeitergroßen“ bezahlt werden muß und das in vollkommen Abhängigkeit vom Parteidirekteure sich befindet. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie und die feste Stellung der Parteidirektion finden in diesen abhängigen Existenzien die besten Stützen. In ihrem eigenen materiellen Interesse liegt es, wenn die Angestellten für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen sorgen und wenn sie alle Mittel anwenden, um die Partei geschlossen zu erhalten. Diese Beamten und die gleichfalls von der Parteidirektion abhängigen Gelehrten und Krämer stellen auch die „zuverlässigen“ Delegierten zu den Parteidagen. Hieran kann man ermessen, daß die „Millionenanhänger“ in der sozialdemokratischen Partei nichts zu sagen, aber sehr viel zu zahlen hat. Die Mitglieder der oben erwähnten Vereinigung zahlen vierteljährlich 6 Mk. Beitrag. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres sind über 35 000 Mk. zusammengekommen; das macht jährlich über 140 000 Mk. Der größte Teil der Quartalszahllnahmen — nämlich über 29 500 Mk. ist „auf den Balk“ angelegt; es befindet sich dort bereits ein der Vereinigung gehöriges Kapital von über 400 000 Mk. Es ist bemerkenswert, wie finanziell-leistungsfähig sich die Angestellten der „Proletarierpartei“ erwiesen. Dabei müssen sie Tag für Tag darlegen, wie die Arbeiter darben, ja hungernd müssen und wie der verruchte Klassenstaat trotzdem noch Millionen und Übermillionen von ihnen herauszupressen sucht. Es muß doch gar kein schlechtes Geschäft sein, das diese sozialdemokratischen Angestellten betreiben.“

Es ist noch nicht lange her, da rechnete uns die bürgerliche Presse nach, daß rund 400 sozialdemokratischen Beamten, worunter selbstverständlich auch die Gewerkschaftsbeamten gerechnet werden, 3 020 000 Mk. an Gehältern jährlich bezogen, d. i. pro Kopf der Beamten mehr als 9000 Mk. Nicht immer kommt aber die bürgerliche Presse her und weiß auf die Gläubigerin des sozialdemokratischen Beamtenheeres hin. Manchmal heulte die Proletarierpartei auch über die Bezahlung der Arbeitersführer. Wie's trifft! Feigt hat man einmal wieder glücklich herausgerechnet, daß es weit über 6000 Beamte in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung gibt, die sich finanziell als außerordentlich leistungsfähig erweisen, da sie jedes Quartal 6 Mk. Beiträge auszuzahlen. Wie lange wird es dauern und man wird auf den Opfersummen der Beamten hinweisen, den man als sehr nachahmenswert hinstellen wird. Das bleibt nicht aus. Für heute begnügt sich die bürgerliche Proletarierpartei, festzustellen, daß es mehr als 6000 Beamte in den freien Gewerkschaften

und in der sozialdemokratischen Partei gibt, weil sie jährlich 140 000 M. an Beiträgen für ihre Unterstützungsvereinigung ausbringen und da pro Quartal 8 M. Beiträge gezahlt werden, macht das 5500 Beamte. Das stimmt nicht ganz. Nicht 8 M. an Beitrag pro Quartal, sondern 8 M. pro Monat werden in der Unterstützungs-Vereinigung von den Beamten als Beitrag abgeführt und somit sinkt das Beamtenheer auf mehr als ein Drittel der angegebenen Zahl zurück. Die Unterstützungs-Vereinigung ist die Rentionskasse der Beamten und werden die 8 M. Beitrag zur Hälfte von den Beamten selbst, zur anderen Hälfte vom Zeitungsvorlag, von der Gewerkschaft übertragen. Wie die Bergarbeiter, so sichern auch die Beamten in der Arbeiterbewegung für ihre Alter und für die Zeit der Erwerbsunfähigkeit. Nur blödsinniger Neid und der Hang zur Verleumdung kann den Beamten heraus einen Vorwurf machen, überhaupt derartige Anwürfe gegen sie richten. Es gibt doch keine schmählichere Gesellschaft als diese feigen bürgerlichen Kreulen!

## Internationale Rundschau.

### Warming vor Kanada!

Um den Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus wurde aus Kanada untenstehendes Schreiben, das uns freudlicherweise zur Verfügung gestellt wird, gerichtet:

„Sozialistische Partei in Kanada. Vancouver, den 4. Aug. 08.

An Genossen Hugomann,  
Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus.

Werter Genosse!

Zu Beantwortung Ihrer Anfrage vom 10. Juli rate ich sehr entschieden ab, daß die in den britisches Gewerkschaften organisierten Bergarbeiter Engagements nach Kanada annehmen, und überhaupt warne ich sehr vor allen diesen Gesellschaften, die versuchen, Bergarbeiter nach Kanada zu engagieren. Ich weiß nicht, um welche Gesellschaft es sich handelt, aber das ist außer allem Zweifel, daß sie es nicht im Interesse der Bergarbeiter tun, daß sie diese ins Land ziehen wollen.

Zu Kanada sind die Verhältnisse für Bergarbeiter schlimmer, als sie seit Jahren waren. Hunderte von Arbeitern sind auf vielen Gruben arbeitslos, und die meisten Gruben haben nur zwei oder drei Tage in der Woche gearbeitet, einige von ihnen sogar noch weniger; während des letzten Winters war die Not unserer Arbeiter aller Industriezweige aufs äußerste gestiegen. In vielen Städten mit Wohnungenarbeiterbevölkerung konnten diese Familien nur durch Unterstellungen aus den Gewerkschaftskassen vor dem Verhungern bewahrt werden; der kommende Winter droht noch schlimmer zu werden, als der vorige war.

Vor etwa fünf Jahren importierte die französisch-amerikanische Kohlen-Gesellschaft nach Little Alberta, Kanada, eine Anzahl von Bergarbeitern aus Belgien und dem Pas de Calais, denen 5 Schilling pro Tag versprochen wurden. Am Ort und Stelle angelangt, mussten sie im Altkorb arbeiten, wobei sie sehr wenig verdienten. Aus ihrem Lohn mussten sie aber zunächst an die Gesellschaft die Kosten der Überfahrt zurückzahlen. Einige von ihnen weigerten sich, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Sie gingen nach anderen Gruben, wo sie jedoch keine Arbeit erhielten, da sie gegenüber der französischen Gesellschaft kontraktuellig geworden waren. Ich war damals dort und sah, welche Entbehrungen die Leute ertragen müssen; ich würde wünschen, die europäischen Grubenarbeiter hätten die Freiheit gegeben, die einzige dieser Männer von ihren Frauen aus Frankreich erheben.

„Warum schickt Ihr uns kein Geld?“ sagten sie, „unsere Kinder schreien nach Brot und wir haben nichts zu essen im Hause. Bald werden wir genötigt sein, die Wohltätigkeit zu Anspruch zu nehmen.“

Versuchen Sie, Genosse, mit allen Mitteln Ihre Leute davon abzuhalten, hierherzukommen. Wir hatten dieselben, die hergekommen waren, sehr gern und fanden, daß sie gute Kameraden waren, aber sie haben bitter bereut, hergekommen zu sein.

Es gibt jetzt in Kanada mehr Grubenarbeiter, als da überhaupt Arbeit finden können; keine Gesellschaft hat also Verantwortung, Arbeiter ins Land zu ziehen, wenn es nicht zum Zweck der Herausbildung der Wohne geschehen soll. Das Kapital herrscht hier wie überall, es preist uns aus wie Goch. Es bleibt uns Arbeiten allen dauer nur eins, zu bleiben; wo wir können; und unser äußerstes zu tun, unser gemeinsamen Bedürfnis, die Kapitalistenklasse, zu überwinden.

Ihr ehrpurer D. G. M. Kenzie.“

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Bergarbeiter Kenntnis nehmen von der unverantwortlichen Einschleppung fremder Bergarbeiter nach Kanada.

## Knappachtliches.

### Der Allgemeine Knappachtverein Bochum

gibt die Rechnungs- und Vermögensübersicht für das Jahr 1907 bekannt. Hier nach betrug das Gesamtvermögen am 31. Dezember 1907 105 985 758 Mark. Das ist gegen das Vorjahr ein Vermögenszuwachs von 11 728 124 M. Das Vermögen der Kassenabteilungen A und B (Kranken- und Knappachts-Pensionskasse) betrug 63 613 383 M. Die Kassenabteilung C (Invaliditäts- und Alterskasse) hatte 42 372 370 M. Vermögen. Die Einnahmen der Krankenkasse betragen 17 510 324 M., die Ausgaben 14 004 681 M., darunter 7 080 666 M. an Krankengeldern, 1 722 682 M. an Krankenhauspflegekosten einschließlich Arztgebühren, Verbandskosten und Fahrtkosten. Außerdem wurden für Unterbringung von Mitgliedern in Büdern und Heilstätten 129 781 M. gezahlt; an die Knappachtslungenheilanstalt in Bergbauhafen wurden ferner 10 811 M. und an die Knappachtskrankenhäuser in Leckendorf und Meelinghausen 300 728 M. und 325 528 M. Pflegekosten gezahlt. Die Pensions- und Unterstützungsstiftung hatte eine Einnahme von 19 080 492 M., deren 15 981 211 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Überschuss von 3 058 091 M. erzielt wurde. Au Berginvalidenunterstützung wurden 8 748 271 M. verausgabt; die Witwenunterstützung betrug 3 590 755 M.; an Kindergeld und Halbwintern wurden 2 625 278 M. gezahlt. Der Betrag des gezahlten Sterbegeldes belief sich auf 79 088 M. Die Einnahmen der Invaliditäts- und Alterskasse betrugen 8 254 708 M., die Ausgaben 4 627 080 M., so daß ein Überschuss von 1 627 679 M. zu verzeichnen ist. Der Allgemeine Knappachtsverein Bochum ist nach den Bestimmungen des Reichs-Invalidenversicherungsgesetzes eine eigene Versicherungsanstalt. Unter den Ausgaben sind 2 719 688 M. für Invalidenrenten und 56 450 M. für Altersrenten. Die Verwaltungskosten des Vereins betrugen 1 864 669 M. Voraussichtlich werden die finanziellen Ergebnisse des Jahres 1908 noch günstiger sein, weil in diesem Jahre die Beiträge eine nicht unbedenkliche Erhöhung erfahren haben. Ferner müssen ab 1. Januar 1908 die Werksbesitzer zu Pensions- und Unterstützungsstiftung dieselben Beiträge zahlen wie die Arbeitnehmer.

### Verbandsstieg!

Als Arbeitervertreter in den Vorstand des Allgemeinen Knappachtsvereins für das Königreich Sachsen wurden die vorstehenden Altesten des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit 44 gegen 23 Stimmen gewählt.

### Aus dem Wurmrevier

wird uns geschrieben:

Ber einige Zeit fand im Wurmrevier eine vom Ministerium für Handel und Gewerbe veranlaßte Sitzung statt, die den Zweck haben sollte, zu untersuchen und festzustellen, worin die Ursachen zu suchen seien, die schreckliche hohe Krankenzahl der Bergarbeiter. Was die hohe Krankenzahl ausliefert, so dachte das Wurmrevier damit an der Spitze stehen. Im Jahre 1907 waren hier 8 616 Bergarbeiter beschäftigt. Einschließlich der Invaliden betrug die Zahl der Mitglieder der Wurmknappacht 9800. In denselben Jahre waren aber nicht weniger als 12 300 Kränke zu verzeichnen. Ein sehr großer Teil der Wurmbergleute muß demnach im Laufe eines Jahres mehr als einmal erkranken. Auch die Zahl der Unfälle ist im Aachener Bezirk eine schreckliche. Rund genommen ist auf jeden zehnten Bergmann ein Unfall zu verzeichnen. Im Jahre 1906 waren gegen 100 Arbeiter weniger beschäftigt als im Jahre vorher, aber die Unfälle weisen von Jahr zu Jahr eine größere Zahl auf. Im Jahre 1905 hatten wir 801, im Jahre 1906 840 und im Jahre 1907 873 Unfälle zu verzeichnen. In Abbruch dieser traurigen Tatsache konnte man es mit Freuden begrüßen, daß endlich einmal eine Untersuchung stattfand, um die wahren Ursachen der Unfälle und Krankheiten festzustellen. An dieser Untersuchung nahmen unter anderem Knappachtsärzte teil, welche behaupteten, die hohe Krankenziffer sei größtenteils auf die ungünstige Behandlung der Arbeiter seitens der Knappachtsärzte

zurückzuführen. Wie es aber oft mit der humanen Behandlung seitens der Herren Knappachtsärzte aussieht, dies dürfte auch an folgendem Fall illustriert.

Ein Mitglied der Wurmknappacht leidete seit dem 4. September d. J. Krank und wurde durch den Knappachtsärzte Dr. Beyer behandelt. Nach drei Wochen – am 28. September – erklärte Dr. B. V. Kranken, er sei nicht mehr krank, er sei überhaupt die ganze Krankheitszeit nicht krank gewesen. Also Herr Dr. Beyer hat seinem drei Wochen behandelt und Arzt verschrieben und dann erst entdeckt, daß er einen gefunden Menschen behandelt hat. Dieses versteht, wer kann. Als hierauf das Knappachtsmitglied den Gesundheitsschein verlangte, indem er nicht als Simulant bezeichnet sein wollte, wurde er von dem Knappachtsärzte in einer Art und Weise angefahren, in einem Ton, den man vor einem Urtei nicht erwarten sollte. Der Herr meinte: „Sie haben nichts zu wollen, höchstens können Sie schön bitten“, wobei er das Knappachtsmitglied anpaßte und in einer Art und Weise an die Luft beförderte, die nur als eine recht unehrbare bezeichnet werden kann. Die anwesenden Patienten waren so aufgereggt, daß sie dem die Luft beförderten Kameraden zusahen, daß er sich diese Behandlungswaffe nicht gefallen lassen sollte; er solle dem Arzt mit derselben Waffe heimgesahen. Wäre der betreffende Arbeiter nicht vernünftig gewesen, hätte er sich zu wehren gewußt, dann hätte für beide, den Hinausbeförderten und den Arzt, eine schlimme Situation entstehen können. Eine Behandlung, wie sie hier einem Mitgliede der Wurmknappacht zuteil wurde, sollte man wahrhaftig nicht für möglich halten. Sie richtet sich selbst. Das das betreffende Knappachtsmitglied kein Simulant und wirklich krank war, das liegt das Gutachten eines anderen Arztes vor.

Die Wurmknappacht, also die Bergarbeiter im Wurmrevier, zählen an Dr. Beyer nämlich mehrere Tausend – wie es heißt 5700 – Mark Honorar. Dabei hat derselbe auch noch ein großes Feld für seine private Praxis. Es ist schlimm, wenn die Knappachtsmitglieder große Summen für die Arzte aufzubringen, sich aber in solcher Weise behandeln lassen müssen. Eine Behandlung, wie sie hier einem Mitgliede der Wurmknappacht zuteil wurde, sollte man wahrhaftig nicht für möglich halten. Sie richtet sich selbst. Das das betreffende Knappachtsmitglied kein Simulant und wirklich krank war, das liegt das Gutachten eines anderen Arztes vor.

Bei der Statutteratung im vergangenen Jahr stellten die Altesten des Bergarbeiterverbandes den Antrag, daß die Bestimmung in § 6 Güller 5, welche lautet:

„Die Mitglieder sind verpflichtet, auch im Berufe mit den Altesten, Aerzten und sonstigen Angestellten des Vereins sich eines angemessenen Benehmens zu beschließen.“

entweder ganz befehligt würde, oder daß wenigstens die gleiche Bestimmung auch auf die Kassen angestellt angeendet würden. Velder sind dieser sehr berechtigte Antrag keine Zustimmung. Nur die Altesten des Bergarbeiter-Vereins traten für denselben ein und fügten hinzu, daß der Antrag abgeschlagen. Die armen, von der schweren Arbeit überdrückten und durch alle Misshelligkeiten ausgereizten Arbeiter sollen sich den Herren Knappachtsärzten gegenüber fühlen, insofern der Knappachtsärzte das Recht habe soll, die Knappachtsmitglieder zum Haushinzuwerfen. Für eine humane Behandlung der Knappachtsmitglieder durch die Knappachtsärzte.“

Schon wiederholt haben wir auch darüber Klage führen müssen, daß die Verwaltung der Wurmknappacht, selbst die sehr wenigen geistlichen Bestimmungen, die zu Gunsten der Arbeiter sprechen, unbewahrt läuft. Die Wurmknappacht soll nach den geistlichen Bestimmungen und auch nach ihrer Satzung, den erkauften und nicht arbeitsfähigen Mitgliedern 26 Wochen Krankengeld zahlen. Diese Vorschrift gilt auch für die Kranken, die einen Unfall erlitten haben. Auch an Unfallkranken muss die Wurmknappacht 26 Wochen das Krankengeld zahlen. Für die ersten vier Wochen, und von der 13. bis zur 18. Woche einschließlich das erhöhte Krankengeld. Ob die Knappachtsberufsgenossenschaft von der 13. Woche ab Unterstützungen zahlt oder nicht, kommt bei den Leistungen der Wurmknappacht keineswegs in Betracht. Wenn die Knappachtsberufsgenossenschaft Unterstützungen zahlt für die Zeit, für die die Knappachtskasse auch Krankengeld gezahlt hat, dann kann die Hälfte der Unfallrente an die Knappachtskasse abgeführt werden. Der Unfallkrane hat also von der 13. bis zur 26. Woche seiner Krankheit das volle Knappachtskrankengeld und die Hälfte der Unfallrente zu beanspruchen. Die Wurmknappacht steht sich aber an diese Verpflichtung nicht. Bleibt ein Unfall vor, so stellt sie einfach nach Ablauf der 18 Wochen das Zahnen des Krankengeldes ein. Nach 18 Wochen tritt aber in der Regel seitens der Knappachtsberufsgenossenschaft erst die Untersuchung ein, ob ein Unfall zu ihren Kosten vorliegt oder nicht. Unter Umständen dauern diese Untersuchungen und Rentenfestsetzungen seitens der Knappachtsberufsgenossenschaften oft Monate. Die Folge davon ist dann, daß der Arzt monat lang kein Krankengeld und auch keine Unfallrente erhält. Von den vielen Fällen sei nur einer angeführt. Am 28. August 1907 erlitt ein Arbeiter einen Unfall. Am 28. November stellte die Wurmknappacht das Zahnen des Krankengeldes ein und verweigerte den Kranken an die Knappachtsberufsgenossenschaft. In dem guten Glauben, die Knappachtsberufsgenossenschaft würde ihnen das Krankengeld zufinden, unternahm der Kranke keine weitere Schritte. Es verging der erste, zweite und auch der dritte Monat, aber er erhielt kein Geld, dann machte der Kranke der Verwaltungsschäden eine Anzeige und ein Montevigesch. Wieder einige Monate nachher erhielt der Kranke den Bescheid, daß die Knappachtsberufsgenossenschaft ein Anspruch auf Unfallrente ablehne. Inzwischen hatte der Betreffende sich an das Rechtsbüro des Bergarbeiterverbandes gewandt. Er machte dann seine Ansprüche auf das Krankengeld von 18 Wochen, 13. bis zur 26. Woche, bei der Wurmknappacht geltend. Der Vorstand lehnte das Krankengeld für diese Zeit ab. Durch eine Beschwerde an das Oberbergamt wurde erreicht, daß der Vorstand der Wurmknappacht das Krankengeld für die 18 Wochen auszahlte. Der Beschwerdeführer erhielt vom Oberbergamt die Antwort, daß die Wurmknappacht das Krankengeld jetzt ausgezahlt habe und seine Beschwerde hinfällig sei. Gegen sechs Monate hatte der Kranke auf das ihm seitens der Wurmknappacht zustehende Krankengeld warten müssen und hätte er den Beschwerdeführer nicht betreten, dann hätte er heute sein Geld noch nicht. Nachher sind uns wieder mehrere Fälle bekannt geworden, wo die Wurmknappacht das Krankengeldzahlen nach 18 Wochen einstellt. Ein Fall ist uns sogar bekannt, wo einem Knappachtsmitglied, welches nur 14 Tage krank geselbert hat, das Krankengeld verweigert wurde mit der Begründung, daß ein Unfall vorliege und die Wurmknappacht infolgedessen kein Krankengeld zu zahlen brauche. Wenn wir uns nicht von den einzelnen Fällen überzeugt hätten, wie würden es nicht für möglich halten, daß solche Zustände in einer Knappachtsklasse noch existieren könnten.

Mancher Bergarbeiter des Wurmreviers hat sich wohl der Hoffnung hingeggeben, daß mit der Einführung der neuen Säugungen zu Anfang des Jahres eine allgemeine Besserung eintrete und daß die Behandlung der Arbeiter seitens der Knappachtsärzte sich bessern und alle Klagen verflümmeln würden. Wer sich dieser Hoffnung hingegangen hat, sieht sich immer mehr enttäuscht. Die angeführten Beispiele dürfen zeigen, wie es steht. Um die kranken Mitglieder der Wurmknappacht zu kontrollieren, ist ein früherer Kontrolleur der elektrischen Straßenbahnen mit diesem Anteile betraut worden. Selbstverständlich stehen auch wir auf dem Standpunkte, daß dem Ausbeuteten der Knappachtskasse durch Simulanten vorgebeugt werden muss. Wir sind aber der Ansicht, daß eine Kontrolle durch die Knappachtsärzte vollständig genügt. Wenn die jetzigen Bezugspunkte der Altesten nicht ausreichen, dann soll man dazu übergehen und Altestenstrengel einzuführen und die Bezugspunkte der Altesten erweitern. Wenn dieses nicht geht und ein besonderer Kontrolleur angestellt werden muß, dann ist es über vollständig verkehrt, daß dazu ein fremder Mann genommen wird, der von den örtlichen Verhältnissen keine Ahnung hat, sondern es könnte einer der bestätigten Knappachtsärzte dazu genommen werden, womit den Mitgliedern, als auch der Knappacht selbst geboten wäre, als mit der Herauszehrung eines fremden Mannes. Mit der Aufstellung von Kontrolloreuren werden die Gesundheitszustände im Wurmrevier aber keineswegs verbessert. Dieses System wird nur dazu dienen, daß ehemalige Arbeiter für die Simulanten herhalten müssen. Ist man gewillt, die hohe Krankenziffer wirklich einzuschränken, so muß dazu übergegangen werden, bessere und gesündere Zustände in den Gruben zu schaffen. Um dies zu ermöglichen sollen nicht nur Krankenkontrolleure, sondern aus den Reihen der Arbeiter auch Grubenkontrolleure angestellt werden. Mit dem immer tiefer werden der Schächte und den immer größeren Verforderungen an die Arbeiter, wie auch durch die Polizei, herbeigeführte gewaltsame Verleinerung und vielfache Verschlechterung der Lebensmittel, ist eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter verhindert. Heute der Einstellung der Grubenkontrolleure müßte unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Über statt dessen wird die Arbeitszeit noch verlängert. Im Wurmrevier hat im letzten Jahr

jeder Bergmann durchschnittlich 14 Schichten mehr versahen, als im Jahre vorher. Während im Jahre 1900 auf jeden Arbeiter 200,8 Schichten kamen, kamen im letzten Jahre auf jeden Arbeiter 280,8 Schichten. Auf der einen Seite sehen wir also Vermehrung der Arbeit und Mehrbelastung und auf der anderen Seite mehr Kranke, mehr Unfälle und mehr Tote. Im Vergleich zum Vorjahr lag im letzten Jahre in Wurmrevier die Zahl der bei der Arbeit tödlich Verunglückten sogar um 60 Proz. Wenn der Wurmbergmann sich aber davon verlassen will, daß hier an der richtigen Stelle der Arbeit eingestellt werden soll, dann soll er sich zunächst erinnern, daß der Mensch selbst seines Glückes Schöpfer ist. Der Wurmbergmann muß sich seiner Kräfte bewußt werden. Er soll seine Hoffnungen in die richtige Bahnen lenken und sich bewußt werden, daß nur die Organisation es ist, die ihm helfen kann. Der einzelne Arbeiter steht heute machtlos dem Unternehmertum gegenüber. Ein jeder soll dem Beispiel der Werkbuden folgen und für seine Organisation eintreten. Hoffentlich werden die Wurmbergleute sich der Situation im Bergbau und Knappachtswesen bewußt und stärken ihre Organisation, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

## Misstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr Bergmann. Hier auf diesem Platz steht jetzt ein schäfer Wohl, wer nicht pariert der stirbt. Sind doch jetzt am 15. September sieben Männer gestimmt worden, zwei Männer wurde die Abfahrt sofort in die Hand gedrückt wegen Förderung unerlaubten Kohlen. Einem neuen Beamten hat sich die Gewerkschaft auch zugestellt, was der aber für einen Mann bekleidet, ist der Bergschafft nicht bekannt, auch nicht wo sie ihn hergeholt haben. „Faulenzer“ und „Faupelze“ sind seine geläufigsten Ausdrücke, Schichtstudienreichen seine Lieblingsbeschäftigung, wie auch das Verlegen der Kameradschaften. Feierlichkeiten über Förderkübeln werden hier eingelegt, im August wurden 18 Schichten, im September vier Schichten gefeiert, wegen Mangels an Absatz. Die ersten Schichten bekamen nur 20 bis 30 Mann Bescheid, wiederum zuviel um möglich zu machen. Vieles haben sich fast die Beine abgelaufen und den Betriebsführern angehalten, daß sie doch wieder solche Schichten machen könnten.

Sehr Einscher-Zippe. Der große Einzug in die neuerrichtete Kolonie in Datteln hat begonnen und trotzdem sind Hunderte von Familien mit ihren Kindern der nassen kalten Nachtlüttner ausgesetzt. In den meisten Wohnungen sind noch keine Fenster, es fehlen Türen, Fußböden, ja sogar vielleicht noch die Zwischenwände, die die einzelnen Zimmer trennen. Das Wasser läuft jetzt schon an den Wänden herunter, wie wird es sein, wenn kältere Witterung eintreten wird. Ein solches Verfahren mit qualifizierten Menschen in einem Kulturstaat sollte man doch kaum für möglich halten. Menschen in Neubauten unterzubringen von innen noch genauer, geziemt und gefällt wird, spottet jeder Beschreibung. Das sind die vielgepriesenen Wohlfahrtsseinrichtungen, die liberal bekannt gemacht werden, um zu zeigen, wie besorgt die Herren vom Kapitol für die Arbeiter sind. Die Folge solcher noch bewohnten Wohnungen werden sich noch frisch genug bemerkbar machen bei den erwachsenen Arbeitern und bei den Kindern erst recht. Wir erinnern nur an die Kolonie von „deutscher Kaiser“ in Hamm, wo hunderte von Bergleuten und Kindern erkranken. Selbst die Bergarbeiter rieben den Krankenlager zu einem anderen Wohnung zu suchen, sonst würden sie nicht gefunden. Doch unter solchen Zuständen Krankheiten auch hier unausbleiblich sind, ist sie jedem Menschen klar. Die Polizei soll wie verlaufen, die Verwaltung mit über laufendem Motor Geldstrafe verhängt und sie gezwungen haben, den Leuten einen Wagen kosten gratis zu verleihen, damit sie möglichst heizen können um die Zimmer anzutrocknen. Nun, hoffentlich geht die Sehe Einscher-Zippe auch einige Wagen Stühlen mehr an die Bewohner der Kolonie gratis. Denn ein Wagen wird nicht lange mit der Zinne austrocknen zu können. Den Arbeitern tuen wir zu, organisiert euch, erst dann, wenn ihr start und eindringt, wird man auch euch als Menschen anerkennen müssen.

Sehr Victoria bei Kupferdruck. Es ist wahr, daß einige Peister zu Bruch gegangen sind. Wenn aber gentig Bergarbeiter dein war, dann kommen sie nicht zu Bruch gehen; das muß doch jedem vernünftigen Bergmann wohl einleuchteten. Wir bemerken besonders noch, daß Herr Landwehrmann selbst die Peister still gelegt hat, weil nicht genügend Bergere drin waren. Darum braucht Herr Landwehrmann das nicht zu widerstreiten, denn wenn sämtliche Peister voll sind von Steinen, hört das Sehen des Gebirges schon von selber auf. Ferner bemerken wir: Daß das Förderseil auf dem Ostkopf schlecht war, zeigt folgender Fall: Der Steiger setzte die Förderung still, weil das Seil ihm zu schlecht war. Aber auf Befehl des Herrn Landwehrmann wurde weiter gefördert, und schon beim ersten Wagen riss das Seil. Kann denn hier wohl die Rede davon sein, daß das Seil noch gut genug war? Wie meinen, Herr Landwehrmann sollte das Widerstreit lieben bleiben.

# Rameraden!

**Antreiberei wird größer, die Behandlung schlechter. Rameraden, nutzt die Zeit dieser Krisis aus, für den Verband zu wirken und zu werben. Besucht jetzt fleißig die Verbandsversammlungen und lebt gründlich das Verbandsorgan. Die Zeit ist ernst und ein Zusammenarbeiten der Bergarbeiter tut in der Zeit der Krisis erst recht not! Vorwärts, Rameraden in allen Revieren mit der Agitation für den Verband; werbet Mitglieder von Mund zu Mund, von Haus zu Haus!**

Aussehen beobachtet. Die Belegschaft wünscht, daß der Herr Aufseher sofort sein Amt überlegt; sonst Einschreben, daß er selbst haben müssen. Da er diese Ansicht nicht hat, so wollen wir ihm das heimlich sagen: Wer die Interessen der Kapitalisten vertreibt, darf sich nicht Arbeiterveterter nennen! Auf dem Hildebrandshachte herrscht seit einiger Zeit ein besonders schändliches Regiment. Wer um 8 Uhr früh nicht eingetroffen ist, der wird nach Hause geschickt, auch dann, wenn er schon eine Viertelstunde am Schacht stand und ohne seine Schuld nicht einfahren durfte. Die beim Privatunternehmer beschäftigten Gestellshauer haben nämlich das Recht, sofort einzufahren, auch wenn sie viel später gekommen sind. Die Anderen werden zurückgebracht, warten bis um 9 Uhr und werden nach Hause geschickt. Und das nennt sich „Gotteshäuser“ — es ist der reine Hohn! Schulden daran sind die Kameraden, welche nicht im Verbande sind. Hoffentlich gehen ihnen jetzt die Augen auf und sie treten dem Verbande bei. Tun sie's aber nicht, dann wird es noch schlimmer.

**Glockenfriedenshaußung Grube.** Wenn man sich die Einrichtungen, welche der Bergverwalter Friede auf diesem Werk einzuführen versucht hat, betrachtet, so kann man es Arbeitern, die als Neulinge diese Grube betreten, nicht verdenken, dieses Werk entweder mit dem Kaiserreich oder mit einem Gefängnis zu vergleichen. Wenn z. B. Herr Friede aber sonst ein höherer Beamter die Grube befährt und vor ihm kommt, so muß der Ortsälteste in dem zunächst wie er heißt, wie das ist, der Berg, die Strecke heißt, wieviel Leute vor Ort sind, sonst ist es sich eigentlich befindet. Wir haben immer geglaubt, daß es einen Ortshauptmann mindestens möglich ist, auch so sich in der Grube zurechtzufinden. Wenn man es schon soweit gebracht hat, dann kann man schon einen Schritt weiter gehen und den Befehl ausstellen, daß jeder Ortsälteste bei der Meldung die Säcke an die Hosenmäth zu legen und eine Kostensumme als Beitragswehr in den Beibrütern zu stellen hat. Um das Bild zu vervollständigen, wäre es gut, wenn die Arbeiter angehalten würden, nur noch auf Kommando die Hände zu schwingen. Weiter ist hier die schöne Einrichtung vorhanden, daß der Hauer mit den Schleppern zusammen sein Brot nicht essen darf. Überhaupt soll vor jedem Ort immer nur ein Mann sein Brot essen, die anderen sollen unterdessen weiter arbeiten. Jedenfalls glaubt man, daß dadurch nicht soviel Zeit mit dem Brotesen verbraucht wird. Wundern braucht man sich nicht, wenn die Grubenverwaltung noch dazu übergeht, daß sie benützen Kameraden, welche schlechte Löhne haben, ein neues Gebot bestätigt, daß die Brust ja keinen Schaden leidet. Der Bergbehörde möglichen vorkommen, sich einmal um die Sache zu kümmern. Für die Vordomänen ist der Ortsälteste verantwortlich. Dieser will bestimmt auch sein Brot essen, während dieser Zeit arbeitet vielleicht der Lehrhauer oder gar der Schlepper weiter. Wenn in dieser Zeit etwas passiert, wer ist Schuld daran? Der Ortsälteste wird beim Arbeiten genommen, obwohl er garnicht dafür kann. Herrn Dr. Gruenberg, von dem man sagt, daß er nicht der schlechteste Beamte sein soll, möchten wir ersuchen, sich doch seine Unterbeamten etwas vorzunehmen: es ist dringend notwendig. In der fünften Abteilung, Heydtshacht, war es der Aufseher Leyner, welcher vor kurzem einen Arbeiter so auf den Kopf geschlagen hat, daß dieser schwindelig wurde. Eine Schwäche darüber beim Obersteiger nutzte nichts, dem betreffenden Arbeiter wurde mit dem Beamen die Art gewiesen. Der Aufseher Leyner ist nicht der größte; Aufseher Krause ist noch größer. Dem Arbeiter soll gesagt worden sein, die Wapete zu nehmen. Als dieser geltend machte, daß ihm dann der entsprechende Lohn für die Entlastung ohne Klägerung ausgezahlt werden müsse, hiess es ganz einfach, daß ihm dieser Lohn auf den Hintern gegeben werden würde. Auf die Entgegennahme des Arbeiters, wenn er etwas versehen hätte, könnte man ihn ja bestrafen, hiess es ganz einfach: „Da müssten wir viele bestrafen.“ So geschehen im 20. Jahrhundert in Niederschlesien, wo nach dem „Feierabend“ kein Bergarbeiter über die Grubenverhältnisse zu klagen hat. Zum Schluss wollen wir noch konstatieren, daß auch auf der Hermannsdorfer Grube seit Neuzäit die Löhne gefallen sind, trotzdem jetzt Sonnabenden wieder vollständig angefahren wird. Sache des Bergarbeiterverbandes wird es auch hier sein, dafür zu sorgen, daß solche Zustände verschwinden.

**Königin Luisegrube, Ostfeld, Schacht II.** Hier ist der Bergschmied fortgegangen und die Verwaltung scheint keine Lust zu haben, einen anderen Schmied zu bestimmen. Man muss sich so schon fanden, genug mit den schweren Rästen, deshalb möge die Verwaltung dafür sorgen, daß die Wagen regelmäßig geschmiert werden. **Eichendorffgrube, Höhlerbach.** Hier werden vierzehnjährige Kinder in die ganze Schicht zehn Stunden mit Füßen und Wagenziehen beschäftigt. Für diese Jugendlichen sind Pavillons vorgeschrieben, aber davon ist hier nicht zu denken. Zweimal in der Woche müssen die Kinder sogar fünfzehntel Schicht machen. Was sagt denn der Herr Paulinenschacht, Rothenbach? Die Behandlung seitens der Beamten der Arbeitern gegenüber läuft zu wünschen übrig. Nicht nur in der Grube, sondern sogar über Tage werden sie mit den größten Liebesschwierigkeiten überhäuft. So z. B. war es in der Waschhalle, wo am 8. Oktober 1908 der dientshabende Aufseher denjenigen, welche die letzten beim Waschen waren, und deren Unterleiden ihm zu lange dauerte, zurückschickte. „Seht zu, daß ihr euch raus macht, nachstens werdet ihr mich mit einer Peitsche anschaffen und euch rauschaffen!“ Die Waschhalle ist entsprechend der Belegschaft viel zu klein. Die Arbeiter müssen sich drängen und herumdrücken. Dass bei solchen Raumverhältnissen viel Unannehmlichkeiten entstehen, ist verständlich. Wenn dem Aufseher sein Posten absolut nicht paßt, so haben die Arbeiter nichts dagegen, wenn er den Posten rausgibt. Die ganze Ansicht hat schließlich ja, daß nur der Zweck, um die Arbeitnehmer innerer belästigen und ansprechen zu können. Dennoch wird darüber gewacht, daß es ja immer still ist, wie in einer Kirche zugibt. Besonders sind die Arbeiter dagegen, wenn sie bestraft. Herr Henzel sollte sich lieber um die Zimmerung kümmern. Die Schlepper sollen mehr arbeiten, doch, wie sehen die Streiter aus? Es fehlt ganz Baue, das hängende hängt da, als wenn es alle Augenblicke auf die Menschen stürzen sollte. Das Gefüge gleicht einer Berg- und Talbahn. An einer Stelle ist es, infolge des Druckes, zu eng, auf der anderen zu weit und das Resultat ist, daß fortwährend die Wagen stürzen. Wie oft ist es schon vorgekommen, daß sich bei dieser Schinderei so ein junger Arbeiter einem Schaden zugog und zeitweise zur Grinde gerichtet ist. Verlangt ein solch armer Teufel dann eine Rente, so wird er 99-mal von 100 abgewiesen. Es heißt ganz einfach, es wäre eine Bruchanlage vorhanden gewesen und damit bestätigt.

**Große Gottesgrube.** Die genannte Grube hat ein Urrecht, „Mutterbiet“ genannt zu werden. Nicht nur werden dort Hauerlöhne von 3,40—3,60 M. ausgezahlt, auch sonst ist für die Arbeiter aus alle möglichen Art und Weise gesorgt. Bekanntlich sind es die niederschlesischen Grubenhauer, welche im Bau von Arbeiterwohnhäusern nicht genug haben können. Wie es im Bau von Arbeiterwohnhäusern nicht genug sei, so wird im ganzen Lande gezeigt. Rauerlöhne hatten

die Arbeit geltendig und anderwärts wieder in Arbeit zu treten. Am 15. September war Sonntag und die Arbeiter glaubten, daß ihnen, wie immer, ihre 10,85 M. auf Miete abgehalten würden. Aber wie erstaunte die Leute, als sie zum Gotteshäuser traten und keinen Pfennig Lohn ausgeschüttet bekamen, im Gegenteil wurde ihnen gesagt, daß sie noch 7—8 M. zu zahlen hätten. Als die beiden Lumpen nun nachfragten, wie es ausgehe, daß sie keinen Lohn erhalten, wurde ihnen gesagt, daß die Miete bis Novjabr zu bezahlen wäre; da der eine 8,65 M., der andere 20,81 M. Lohn zu bekommen habe, so bleibe eben nichts mehr übrig. Ob nun die Familien der Betreffenen etwas zu essen hätten, das klimmerte die reichstreuen Herren verdammt wenig. Wir fragen: Wie kommt die Grubenverwaltung dazu, Arbeitern Geldabzüge zu machen, wo sie gar kein Recht dazu haben. Wie die Arbeiter erklären, ist mit ihnen kein Mietvertrag abgeschlossen worden. Auf diesem Falle ist, da monatliche Mietzahlung stattfindet, auch monatliche Klägerung maßgeblich. Doch wäre das nicht der Fall, wäre z. B. vierteljährliche Klägerung vereinbart worden, dann war auch in diesem Falle die Grubenverwaltung durchaus nicht berechtigt, derlei Abzüge vorzunehmen. Diese Mietze, das betonen wir, sind übernatürlich gemacht worden. Wenn solche rigorose Maßnahmen von der betreffenden Verwaltung vorgenommen werden, so ist nicht dieser allein, sondern auch den Arbeitern der Sorgen Gottesgrube dafür die Schuld zuzuschreiben. Die Arbeiter des betreffenden Wertes, sind es stets gewesen, welche die Grubenverwaltung geradezu dazu gezwungen haben, so recht schändig gegen sie vorgehen. Die Arbeiter der Segen Gottesgrube haben durch ihr unterwarfes Gebahren, selbst den niedrigsten Beamten gegeubt, es sich selbst zuzuschreiben, daß sie so behandelt werden. Was auch für Dinge gegen sie ausgeübt wurden, ruhig wurde es immer eingesetzt. Obwohl die Organisation auch auf diesem Platz Eingang gefunden und sich ausgebildet hat, so ist dieses in noch viel zu geringem Maße geschehen. Würde der Bergarbeiterverband dort die übergroße Mehzahl der Kameraden in sich vereinigt haben, solche Zustände könnten und dürften nicht vorkommen. Solche Fälle, wie oben geschildert, müssen auch den Bürgertümern die Augen öffnen. Wir hoffen und wünschen, daß dieses der Fall sein wird und daß sich sich Kameraden baldmöglichst dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands anschließen.

## Süddeutschland und Reichslande.

**Saar und Moselgruben Schacht VI.** (Stimmes gelbgelb.) Hier herrschen nicht die rosiesten Zustände. Dafür blüht uns der große Belegschaftsachsel, sobald die Betriebsführer wechseln start. Dann herrscht hier ein riesiges Strafssystem, womit besonders Schacht VI sich sehen lassen kann. Am 21. September wurden 18 Männer bestraft mit je 1 M., 2 Mann mit 8 M., am 22. September wiederum 18 Männer mit 1 M., 7 Mann mit 8 M., 8 Mann mit 50 Pf., das macht zu zwei Schichten 64,50 M. Dazu kommen die ungeheuren Verletzungen für ungern gefierte Kohlen. Dann sind sonst noch weitere Uebelstände vorhanden. Die Wagen sind so schlecht geschmiert, daß manchmal die jungen Schlepper zusammenbrechen. Ein Holz mangelt es in verschiedenen Revieren. Am meisten wird klage geführt, daß der Schacht voll Wasser steht und beim Einfahren die Kameraden ins Wasser eingetaucht werden bis an die Knie. Wahrscheinlich versucht die Verwaltung die Kranken gesund zu machen nach Kneipp'scher Wasserhelmkernmethode. Der Erfolg ist aber, daß immer mehr krank werden. Dann haben wir sehr tüchtige Beamte, die im Beschimpfen großartiges leisten. Realisch befür der Obersteiger einige Arbeiten, wobei er einige Steine unter den Köhlen fand und unter wilden Ausbrüchen mächtig er sich Lust, indem er sagte: „Ihr Betrüger, Ihr Sauerkels, mit 5 M. bestrafe ich jeden einzelnen, Ihr Sauerkels. (Ein recht gebissener Herr.)“ Man sorge zunächst doch dafür, daß ein besseres Gedinge zustande kommt, dann werden auch die Kameraden imstande sein die Kohlen rönen zu lassen.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtbezirk Dortmund.

#### Hirsche und Polen gegen den Verband.

Der „Bergarbeiter“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Bergarbeiter bringt in seiner letzten Nummer an erster Stelle einen Artikel, in dem daran festgehalten wird, daß die Hirsch-Dunderschen Bergarbeiter mit ihrer Macht in jedem Bergbauverein bestrebt sind, „Erliebe“ in Waldenburg durchaus so schlimmes nicht gemacht haben. Ein Verbrechen sei das nicht, wenn Hirsche mit reichstreuen Mädchen tanzen. Wer haben gar nicht die Absicht, den „Bergarbeiter“ von diesem Blaubeeren zu heilen, sondern sagen nur: Wenn freie Gemeinschaften in solcher Weise die Verbandstagungen und Feste der gelben Gemeinschaften „verschwinden“, sie würden sich die freien Gemeinschaften von draußen her betrachten können und zwar möglichst schnell. Die Hirsche suchen nach Entschuldigungen für ein solches Vorgehen ihrer Mitglieder. Das ist der Witz. Was der „Bergarbeiter“ über Schilde gestrichen hat, ist folgendes. In Waldenburg waren es simple Arbeiter, die alle Tage schwer schwitzen müssen, die mit Leidenschaften, mit Arbeitsbrüdern (nicht Arbeitsbrüder, gleich Gelben!) D. R. der „Bergarbeiter-Zeitung“ auf eigene Kosten einige Stunden dem Bergmänner geweiht haben, die in Hamburg zusammen auf Kosten der Unternehmer fröhlichkeiten, das waren erste Beamte des „freien“ Metallarbeiterverbandes und Unternehmer, mit denen sie vorher einen für die Arbeiter ungünstigen Tarif abgeschlossen hatten. „Ja, ja, freue Seelen finden sich, sagt man“. Der „Hirsch“ Gleichen hatte nichts anderes behauptet, als was der „Bergarbeiter“ über Schilde sagt und darum wurde Gleichen zuerst mit einer Geldstrafe und dann als er denselben Vorwurf nochmals erhob mit einem Monat Gefängnis bestraft. Zwischenhat er um gut Wetter angehalten. Da der „Bergarbeiter“ den gleichen Vorwurf erhält und das Frühschlaf mit begangenem Arbeiterrat in Verbindung bringt, so wissen wir nicht, was der „Bergarbeiter“ noch abzustreiten hat. Es bleibt dabei, daß der „Bergarbeiter“ wesentlich die Ehre Schilde in den Dred tritt, diesen als einen gekauften Arbeitervertreter hinstellt. Wenn Schilde dafür den Schreiber am „Bergarbeiter“ vor Gericht schleppit, müßte dieser geradezu um Scharmen minnseln, wie Gleichen der Oberherr, oder er würde bestraft. Wir wollen aber hoffen, daß der Reiter des Metallarbeiterverbandes den „Hirsch“ am „Bergarbeiter“ laufen läßt. Damit ist die Sache für uns abgetan. Hatten wir doch den Hirschen in Waldenburg, nicht denen in Oberhausen die Leviten gelesen.

Wenn aber jemals eine schändliche Agitation gegen uns entfaltet werden ist, dann ist es die durch die Führer der polnischen Organisation. Hier haben wir es mit Gegnern zu tun, bei denen man sich nur schmälig macht, sobald man sich mit ihnen abgeben muß. Da wir als „Habschisten“ hingestellt werden, ist ja etwas altes. Da hilft auch keine Widerlegung fortgesetzt wird diese verlogene Behauptung über uns ausgeschüttet. So wurde jetzt in der polnischen Abteilungsstätte der Berufsvereinigung im „Wiarus Polst“ gegen uns nur der Vorwurf erhoben, wir riefen Regierung, Bülow, Minister und Ostmärkterverein an, damit sie dem Verband helfen, die polnische Berufsvereinigung niederzuringen! Das ist der Dank dafür, daß wir die Polen bisher gegen jeden Übergriff der Regierung und der Habschisten mit schützen und für ihre Staats- und Bürgerrechte einzutreten. Jetzt wirst man uns vor, daß wir die Gewalt politisch der Regierung unterstellen. Wurst diesem ekelhaften Gefügel, daß es wagt, mit solchen unchristlichen Verleumdungen haunten zu gehen.

Jede diesbezügliche Widerlegung an dieser Stelle wäre den verlogenen Burschen zweit Ehre angetan. Mit ihnen reden, wir noch später ein Wort. Wie verlogen diese Gesellschaft aber sonst noch ist, zeigt ihre weitere Behauptung, daß der Bergarbeiterverband erst dann eine polnische Zeitung herausgabe, als die polnische Berufsvereinigung gegründet wurde. Wir stellen fest, daß schon Jahre vorher, ehe die Polen daran dachten, ihre Vergangenung zu gründen, der Bergarbeiterverband eine polnische Zeitung, den „Gorni“ gründete. Es wurde schon vor mehr als zehn Jahren den polnischen Bergarbeiterkameraden als Organ übermittelt. In weiteren sucht der „Wiarus Polst“ uns aus einem Kreis, den ein Steiger klarlich in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte von neuem des Habschismus zu bezichtigen. Wir nehmen an, daß die Herren am „Wiarus Polst“, nicht deutlich lesen können, sonst würden sie eisernen, wie sie sich selbst blaumieren, wenn sie den Steigerartikel über den Schlepperstreik auf Bismarck gegen uns ausschlagen. Der „Wiarus Polst“ sollte lieber uns und den Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigung erzählen, wie der Verein für gegenseitige Hilfe die Brüderorganisation der polnischen Berufsvereinigung in Oberschlesien, es seitzt gebracht hat, sozusagen die gesamten Einnahmen — rund 39 000 M. — in anderthalb Jahren für Schäffer, Verwaltung, Beisen und Konferenzen auszugeben und die armen polnischen Arbeiter mit nicht einmal 300 M. an Unterstüttungen abzuspulen. Eine solche Organisation ist doch keine Arbeiterversetzung, sondern der organisierte Arbeiterversetzung, wie er im Buche steht. Hier, „Wiarus Polst“, verläugen wir Antwort!

#### Polizei- und Wirtspraxis im Kreise Recklinghausen.

Trotz des neuen Vereinsgesetzes ist es unseren Kameraden an den meisten Orten im Finsterlande unmöglich, Rokale für Verbandsversammlungen aufzutunen. Wohl hat das Vereinsgesetz bestimmt, daß die Polizei nichts mehr in Mitgliederversammlungen des Verbands zu suchen hat, daß solche Versammlungen auch nicht mehr anmeldungspflichtig sind, trotzdem sucht die Polizei im Recklinghäuser Kreise das Vereinsgesetz nach ihrem Erlassen, zu „korrigieren“. Die Polizei droht in Mitgliederversammlungen hinein, sprengt diese, läßt Wirts zu sich kommen, beeinflusst diese. Zug als hätte nie ein Recklinghäuser Polizeipräsident in Bodum seine Erledigung gefunden. Wohin sich die Polizei das Recht ist, auf ihrem Vorgehen nimmt, das weiß der liebe Himmel! Ein gesetzliches Recht hat sie für solche Handlungen nicht. Wir verfeiern nicht, daß auch die Wirts ein tückig Teil Schuld haben, wenn sie sich so behandeln lassen, wie es geschieht. Die Polizeifürst, die bei diesen Leuten sich festgesetzt hat, will ebenso lächerlich, wie lächerlich. So was ist in Wirtvereinen organisiert, spricht von Berufsrechten, von deutscher Mannhaftigkeit usw., aber vor der Polizei haben sie einen Schreck, wie kleine Kinder vor dem „Schwarzen Mann“. Es gibt ja einige Wirts, die den Mut haben ihre Konzession so auszunützen, wie es ihr gesetzliches Recht ist. Und die Polizei muss da bald ihre eigene Ohnmachtigkeit offenbaren.

Aber das Gros der Wirts ist, man kann es nicht anders ansehen, nicht wert, daß ihnen vernünftig denkende Arbeiter und Bürger auch nur die gerechte Achtsung entgegenbringen. Wer sich wie ein Wurm bestimmt, darf sich doch schlächtig nicht belligen, daß er getreten wird. Feig und niedrig, anders kann man doch nicht Menschen benennen, die sich ihre Rechte so verklammern lassen, wie gewöhnlich die meisten Wirts hier in unserem Schwarzen Winkel. Das wird sich auch nicht ändern, solange die Arbeiterschaft diesen Jammerklappen die Blutgeschosse noch hinschleppt, um sich durch das erbarmungsvolle und seige Benehmen der Herren Wirts die Menschen- und Bürgerrechte verhöhnen zu lassen.

Nun, der Verband ist bisher durch alle Praktiken unserer Gegner im Finsterlande gut vorwärts gekommen, und so wird es auch weiter gehen. Und darum wird auch die Zeit kommen, wo man die Rechte der Arbeiter noch wird respektieren müssen. Ein Wirt, der sich die Konzession erteilen läßt, hat nicht das moralische Recht für sich, einen Teil der Bürgerschaft aus seinem Saal — im Wirtszimmer sieht ja jeder Wirt gern, daß der Arbeiter da seine Groschen verzehrt — auszuschließen, sei es als Fazit oder aus ähnlich niedrigen Gründen. Solche Wirts haben die Konzession nicht verdient. Über freilich, die Polizei im Recklinghäuser Kreise war es, die im Kampfe für ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht bisher uns die besten Waffen in die Hände geleistet hat. Diese Polizei ist im Reichstage und von den höheren Regierungsbehörden oft genug bewundert worden. Wenn die Polizei davon nichts gelernt hat, uns kann es recht sein. Wir kommen schon noch im Recklinghäuser Gebiet durch, aber ob der Ruhm der Polizei in diesem Kreise ewig dauern wird, der beste, wenn auch unfreiwillige Helfer für die Ausgestaltung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte zu sein, bezeichnen wir stark. Solchen Ruhm hält auf die Dauer keine Gesetzgebung aus.

#### Die sächsische Berggesetzkunde im Landtage.

Da dieser Tage der sächsische Landtag wieder zusammengetreten ist, so hat nun auch die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer die Beratung der Novelle zum Berggesetz wieder aufgenommen und ist jetzt, daß sie bald zum Abschluß kommt. Daß die Zweite Kammer in Frühjahr an dem Entwurf der Regierung so gut wie nichts geändert, namentlich nichts gegeben hat, haben wir seitens schon mitgeteilt. Die Gesetzgebungsdeputation, die seitens unseres Verbands zu dem am 4. April d. J. in Dresden tagenden Kongress sächsischer Bergarbeiter geladen war, hatte diesen Kongress, damals nur durch zwei Herren bestellt. Jetzt hatte die Gesetzgebungsdeputation für den 5. Oktober je eine Deputation von unserem Verband und von den Grubenbesitzern in das Landhaus geladen, um im contradiktoriischen Verfahren über unsere Anträge zu beraten. Von Verbandsseite waren die Kameraden Heber, Henker, Krause, Schäfer, Schneider und Himmann anwesend; von den Grubenbesitzern Berggrat Jobst und Kommerzienrat Wiede. Die Herren von den Grubenbesitzern schienen das contradiktoriische Verfahren (gegenständige Verhandlung, bei dem und Gegenrede) nicht beliebt zu haben, denn es wurde unserer Deputation vom Abg. Kleinheimpel, dem Referenten der fraglichen Kommission des Landtages gesagt, der Plan sei geändert, die Deputationen würden nicht zu gleicher Zeit zugezogen, sondern es würde erst mit unserer, dann mit der Deputation der Grubenbesitzer verhandelt. Die Zeit war sehr beschränkt, die Besprechung dauerte ungefähr 1/4 Stunde. Unsere Vertreter wurden seitens des Vorsitzenden erachtet, in kurzer Zeit Form nur die wichtigsten Anträge und Wünsche aus unserer Berggesetzkunde einzurichten. Petition vorzutragen, was auch geschehen. Verschiedene Abgeordnete stellten dann noch an: unsere Kameraden veränderten die Gesetzgebungsdeputation. Es läßt sich zur Zeit nicht überschauen, ob und welche Änderungen die Gesetzgebungsdeputation noch vornehmen wird. Wir werden noch darauf zurückkommen. Hoffentlich ist nicht alle unsere Mühe vergeblich gewesen.

Da Herr Abg. Kleinheimpel unserer Deputation mitteilte, daß falls sie es wünsche, um 8 Uhr auch einige Herren von der Regierung zu sprechen seien, so nahmen unsere Kameraden auch diese Gelegenheit mehr. Es waren die Herren Ministerialdirektor Dr. Wahle und die Geheimräte Dr. Fischer und Birkner anwesend. Diese Unterredung dauerte auch über eine Stunde und drehte sich in der Hauptfrage um die Beschränkung der Schieflheit und die Reform der Grubenkontrolle. Für heute wollen wir nur soviel bemerken, daß die

zubebenbesitzer ihre besten Stühlen gegen fortwährende Arbeitserwerbschancen der Regierung finden. Ja, unsere Kameraden bekommen dort Anträge über unsere diesbezüglichen Forderungen zu hören, die bisher nicht die Arbeitgeber noch nicht ausgesprochen haben. Unsere Kameraden traten wiederholtermaßen Standpunkt zu den beiden Fragen und bewiesen haben, daß die Bergleute noch Religion und Moralität verlieren, wenn er bereits gezwungen habe. Über der Grube Göttelborn müßte eine schwere Wolke gehängt haben, daß sechs Bergleute nacheinander sich so furchtbar belästeten und einen Meinungsgewalt geschriften haben. Da das Gesetz für Meineid keine mildenden Umstände kennt, es sei denn, daß die Person durch Aussage der Wahrheit sich selbst einer strafbaren Handlung bezeichneten würde, sei zu prüfen, ob das bei dem Angeklagten der Fall gewesen sei. Der Angeklagte hätte, wenn er vor dem Untersuchungsrichter die volle Wahrheit aussagte, sich selbst einer strafbaren Handlung bezeichneten müssen, abgesehen davon, daß er auch noch bestreiten müßte, dadurch entlassen zu werden und so bittet er die Geschworenen, beide Fragen zu befreien. Auch der Verteidiger bittet um Bezahlung beider Fragen, da berücksichtigt werden müsse, daß die Beamten seit Jahren ein furchtbare System aufgebaut hätten, unter dem die Bergleute leiden müssten. Die Geschworenen bejahen entsprechend dem Auftrag des Staatsanwalts beide Fragen, worauf das Gericht den Angeklagten zu 16 Monaten Zuchthaus verurteilte, aber in Abrechnung, daß auch die zweite Frage bejaht wurde, diese Strafe auf acht Monate ermäßigt und sie dann zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre Gefängnis zusammengezogen. Auch der zweite Angeklagte, Barthelschieder, ist in vollem Umfang geständigt, nur gibt er an, aus Sorge für seine acht Kinder und seine alte Mutter die Unwahrheit geschworen zu haben. Er macht einen sehr leidenden und kläglichen Eindruck. Im Hörerraum befindet sich seine Mutter, seine Frau und fünf bis sechs Kinder, die weinend und schluchzend der Verhandlung und Verurteilung zuhören. Er erhält unter Bezahlung beider Fragen eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Beide Angeklagten verzichten auf jedes weitere Rechtsmittel und traten die Strafe sofort an.

**Spittel.** Saalabtreiberei durch den Kapitalismus in Böhringen. Am 18. September sollte in Oberhomburg, ein Dorf mit einer Schule und ungefähr 100 Bergleuten, eine öffentliche Bergarbeiterveranstaltung stattfinden. Es Samstag abends 10 Uhr erhielt unser Kamerad Berg, der Einberufer der Versammlung, ein Telegramm, das wie folgt lautete: "Versammlung findet nicht statt, Saal nicht frei. Mehrler." So rißt der Wirt. Wie überzeugten uns nun des Sonntags selbst und fanden, daß man uns etwas vorlügen wollte, denn der Saal war frei. Dem Wirt konnte man an seiner großen Verlegenheit anmerken, daß Hintermänner ihm arg mitgespielt haben mußten und richtig, nach unserm Verfahren, wegweichen vorbrüchig geworden sei, stammte er dann, indem er der Hand nach den gegenüberliegenden Werten deutete: "Ein Wink von links zu Sie wissen ja!" Wir gaben das Spiel noch nicht verloren. Für den 20. September hatten unsere Oberhomburger Kameraden, die auf diese Saalabtreiberei hier ganz energisch ans Werk gingen, beim Wirt Preiß, der ihnen ursprünglich seinen Saal freiwillig zur Verfügung stellte, eine Versammlung einzuberufen. Auch hier haben die Arbeiter nicht mit der Werksdirektion und der Behörde gerechnet. Denn schon Donnerstag nachmittag stellte sich die Dorfpolizei aus O. ein, um sich mit dem Wirt zu unterhalten. Der Beamte gab kund, daß er nicht ans lieben Antreich komme, sondern höheren Ortsbeamten sei. Das alles holt nun nichts, denn so leicht ist nun der Wirt nicht vorbrüchig, und L. mußte dann, nach Angabe des Wirtes die Gendarmerie von Merkenbach "requisiert" werden. Die Gendarmen kamen am Freitag zum Wirt und teilten ihm mit: "Die Kaiserliche Kreisdirektion führt es nicht gerne, daß eine derartige Versammlung stattfindet". Hassenbacher alle Mittel nichts, so schlug das dem Wirt den Boden ein. Samstag Nachmittag erhielt unser Kamerad Berg, der Reisevertreter der Versammlung, eine Karte folgendem Inhalts:

"Da die für Samstag anberaumte Versammlung sozialdemokratischen Charakter trägt und ich mich deshalb mit der Behörde nicht vereinigen will, kann ich deshalb die Versammlung in meinem Saale nicht abhalten lassen." Achtungsvoll L. Dierl."

Also die Kaiserliche Kreisdirektion sieht es nicht gerne. Dies scheint unglaublich, wir sind doch keine Menschen zweiter Klasse, denn unter dem Vereins- und Versammlungsrecht sind doch alle Bürger gleich. Wenn die Kreisdirektion aber glaubt, mit solchem Vorgehen den Verband der Bergarbeiter Deutschlands auf die Dauer zurückzuhalten zu können, dann wird sie bald einschauen lernen, daß ihre Mühe umsonst ist.

**Königsblütte.** Wie möglich die von der Bezirksleitung eingeführten Vorträge — jeden Mittwoch, abends 7 Uhr — sind, stellte sich bei den letzten beiden Vorträgen über den oberhessischen Knapschaftsverein heraus. Es wurden zwei Kameraden Pensionsklassenbeiträge abgezogen, trotzdem sie der Wirt in die Pensionsklasse nicht aufgenommen hat, weil angeblich ihr Gesundheitszustand dem § 26, Absatz I, Besser 2 des Status nicht entspricht. Den einen wurde in der letzten Zeit der Beitrag nicht mehr abgezogen, aber auch die zu Unrecht abgezogenen Monatsbeiträge nicht wiederstattet. Das muß in beiden Fällen nun geschehen. Nach § 28 II muß ihnen der Beitrag erstattet werden. Der § 28 I ist sehr gefährlich für diesen jungen Leute, welche sich weigern, zwecks Aufnahme in die Pensionsklasse zum Arzt zu gehen. Ihnen wird der Beitrag abgezogen und nicht angerechnet. Die allgemeine Wahrnehmung sagt klar und deutlich das Gegenteil. Möge sich also keiner durch jugendliche Leichtfertigkeit seine Pensionsklassenansprüche verwirren bzw. verkürzen. Später diesbezügliche Klagen müssen dann nichts mehr. Auch haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß die Kameraden, welche den meisten Rechtsschutz brauchen, es nicht für notwendig halten, einmal in die Versammlung zu kommen. Wir werden in Zukunft mehr darauf achten, ob der Rechtschutzhinweis auch den Versammlungskontrollen im Buche hat. Dies gilt für alle Kameraden im Bezirk. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, alle 14 Tage einmal in die Versammlung zu kommen und neue Mitglieder zu werben.

## Süddeutschland und Reichslande.

### Meineidsprozesse gegen "königliche" Bergleute.

Vor dem Schwurgericht zu Saarbrücken wurde am 8. und 9. Oktober verhandelt gegen die "königlichen" Bergleute Johann Schirra, Johann Barthelschieder und Philipp Weiß, sämtlich aus Merzschweiler. Die Angeklagten sind beschuldigt, in der bekannten Bestechungsgeschichte bei der Untersuchung auf Grube Göttelborn wesentlich einen Meineid geleistet zu haben. Am 8. Oktober wurde gegen die ersten beiden Angeklagten verhandelt und zunächst der Bergmann Schirra aus der Untersuchungshaft vorgeführt, der einen sehr niedergeschlagenen Eindruck macht. Er ist 42 Jahre alt, noch nicht vorbestraft und hat 25 Jahre als Bergmann auf den Saargruben gearbeitet. Es sind in der Sache 18 Zeugen geladen, darunter auch der mit Zuchthaus bestrafte Obersteiger Michael von Göttelborn. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 19. Dezember vor dem Untersuchungsrichter wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt zu haben, indem er unter Eid aussagte, niemals Bestechungsgeld getanzt noch gegeben zu haben. Auf Erwähnung des Gerichtsvorsitzenden, Landgerichtsrat Meyer, legt er ein volles Geständnis ab, gibt zu, mehr als zwei Jahre in seiner Kameradschaft Geld gesammelt und dieses Geld an den Fahrtsteiger Niess abgegeben zu haben. Auch für den Obersteiger Michael hat er Geld gesammelt und zwar wurde an jedem Lohnabrechnung unter der Kameradschaft gesammelt, wo dann meistens sechs bis zehn Mann 2-3 Mk. hergaben. Daß er bei der Untersuchung die Unwahrheit gesagt, sei aus Angst geschehen, weil er befürchtet habe, entlassen oder von seinen Steigern schlecht behandelt oder gar bestraft zu werden. Hierauf wird auf die Zeugenerhebung allseitig verzichtet.

Der Staatsanwalt freut sich über das offene Geständnis, nicht deshalb, weil dadurch die Strafe milder aussah, das sei eine verdeckte Ge-

schäftshumanität, denn Recht muss Recht bleiben und wer das Recht verleiht, müsse die verdiente Strafe treffen. Dennoch freue er sich weit durch das Geständnis des Angeklagten sein Gewissen entlastet und bewiesen habe, daß die Bergleute noch Religion und Moralität verlieren, wenn er bereits gezwungen habe. Über der Grube Göttelborn müßte eine schwere Wolke gehängt haben, daß sechs Bergleute nacheinander sich so furchtbar belästeten und einen Meinungsgewalt geschriften haben. Da das Gesetz für Meineid keine mildenden Umstände kennt, es sei denn, daß die Person durch Aussage der Wahrheit sich selbst einer strafbaren Handlung bezeichneten würde, sei zu prüfen, ob das bei dem Angeklagten der Fall gewesen sei. Der Angeklagte hätte, wenn er vor dem Untersuchungsrichter die volle Wahrheit aussagte, sich selbst einer strafbaren Handlung bezeichneten müssen, abgesehen davon, daß er auch noch bestreiten müßte, dadurch entlassen zu werden und so bittet er die Geschworenen, beide Fragen zu befreien. Auch der Verteidiger bittet um Bezahlung beider Fragen, da berücksichtigt werden müsse, daß die Beamten seit Jahren ein furchtbare System aufgebaut hätten, unter dem die Bergleute leiden müssten. Die Geschworenen bejahen entsprechend dem Auftrag des Staatsanwalts beide Fragen, worauf das Gericht den Angeklagten zu 16 Monaten Zuchthaus verurteilte, aber in Abrechnung, daß auch die zweite Frage bejaht wurde, diese Strafe auf acht Monate ermäßigt und sie dann zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre Gefängnis zusammengezogen. Auch der zweite Angeklagte, Barthelschieder, ist in vollem Umfang geständigt, nur gibt er an, aus Sorge für seine acht Kinder und seine alte Mutter die Unwahrheit geschworen zu haben. Er macht einen sehr leidenden und kläglichen Eindruck. Im Hörerraum befindet sich seine Mutter, seine Frau und fünf bis sechs Kinder, die weinend und schluchzend der Verhandlung und Verurteilung zuhören. Er erhält unter Bezahlung beider Fragen eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Beide Angeklagten verzichten auf jedes weitere Rechtsmittel und traten die Strafe sofort an.

### Brieffästen.

**Groß-Moers.** Gestern Dant. Habe schon nachgesehen, daß der langjährige Christ. Bezirkleiter mit der Krankengeldgeschichte doch weniger Bescheid weiß, als der "freunde" Redakteur. — S. u. A. Ihr habt recht, es ist das der schäbigste Streich, den frontneue Christen, wie es die "Facharbeiter" sein wollen, machen könnten. Wir werden den Herren aus Schlegel in nächster Nummer den Marsch blasen. — Scherlebe. Rödös als Material aufbewahrt. — Arumsbach. Warum sollt ihr keinen Namen unter die Notiz. Wir werden nachkontrollieren lassen! — Zu mehrere Einsender. Wer das Manuskript auf beiden Seiten beschreibt, kann sicher sein, daß sein Brief nicht Aufnahme findet. Wie oft sollen wir das sagen; ebenso müssen Einsendungen durch Postverwaltungen bezw. Bezirksteile bestätigt sein. — A. W. Die Geschäfte mit dem Kapellmeister regelt in eurer Zahlstellenversammlung.

## Verbandsnachrichten.

Der heutigen Zeitungsendung liegt ein rotes Kuvert bei, daselbst ist für den Vertrauensmann bestimmt. Wenn eine Zahlstelle beim Versand übergegangen werden sollte, so bitten wir um entsprechende Mitteilung.

### Rechtschutz.

**Bezirk Hannover-Schaumburg-Lipp.** Das Bezirksbüro befindet sich in Hannover, Schillerstraße 3 III. Sprechstunden täglich (außer Sonntags) von 8 bis 10 Uhr vormittags.

**Oberkirchen und Umgegend.** Der nächste Rechtschuthtag findet in Oberkirchen beim Gastwirt Klöpper, am 30. Oktober von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, statt.

### Krankenunterstützung.

**Göttingen-Dortmund.** Das Krankengeld wird jeden dritten Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, im Hause des Kässlers Fritz Schwarz, Kaiserstraße 32, ausgezahlt.

**Teutoburg.** Das Krankengeld wird vom 1. Oktober ab jeden Sonntag, vorm. von 10-12 Uhr, in der Wohnung des Kameraden Albin Preiß, Dammstraße 1, ausgezahlt.

**Mengelinghausen.** Die Krankenunterstützung wird am ersten und letzten Sonntag eines jeden Monats ausgezahlt.

### Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unmitige Wege erspart bleiben:

**Bövinghausen.** Von 15. Oktober ab.

**Budenau.** Im Oktober.

**Nesse.** Von 10. bis 25. Oktober.

**Niederrütersdorf.** Von 15. Oktober bis 1. November.

**Eßborn.** Im Oktober.

**Over-Marzloh.** Zwecks Auflistung neuer Mitgliederlisten und Revision werden sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen und bitten wir die Kameraden, dieselben bereitzulegen.

### Kranzpendemarken.

**Syrum.** Baut Beschuß der am 18. September stattgefundenen Mitgliederversammlung wird von Oktober ab alle drei Monate eine Kranzpendemarkte gelebt.

**Gießendorf.** Jedes Vierteljahr wird eine Kranzpendemarkte gelehrt.

**Hausdorf bei Neurode.** In der Mitgliederversammlung vom 27. September d. J. wurde einstimmig beschlossen, eine Kranzpendemarkte einzuführen. Jedes Quartal wird eine Kranzpendemarkte von 10 Pf. geteilt.

### Achtung, Kameraden von Hohenbostel, Winnighausen, Wickerhausen, Bantorf und Wüstringhausen.

Wie euch bekannt ist, habe ich die Bedienung der Mitglieder in oben genannten Orten übernommen. Es ist mir über nicht möglich, täglich mit den Kameraden in Führung zu treten, deshalb ist es notwendig, daß mich die Kameraden tatkräftig unterstützen. Bei wichtigen Versammlungen auf den Schächten oder bei Klagen bitte ich dringend, mir sofort Mitteilung zu machen. Das ausgedehnte Vorstoß erhalten die Kameraden von mir zugetragen. Diesen können, welche der Organisation beitreten wollen, bitte ich nach der Wirtschaft des Herren G. Hattendorf zu wessen, da können sie Beitragsabrechnungen gegen Erstattung des Eintrittsgeldes (50 Pf.) und eines Wochenbeitrages (40 Pf.) entgegen nehmen. In der Hoffnung, daß die beste Erkenntnis auch in diesem Winde des Deutes endlich einmal Platz greift, zeichnet mit Glück auf! Jos. Viehwieg, Mündingen b. H., im Kampen 21.

### Wohnungsveränderungen.

**Baukau.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vertrauensmann jetzt Strünkerstraße Nr. 27 III wohnt. Dasselbe wird auch Krankengeld ausgeschüttet.

**Stockum.** Die Wohnung des ersten Vertrauensmannes befindet sich jetzt Solingerstraße 60.

**Hude.** Von 1. Oktober ab befindet sich die Wohnung des ersten Vertrauensmannes Bahnhoistr. 26. Die Wohnung des Kässiers bestimmt sich jetzt Bahnhoistr. 60.

**Wüstringhausen.** Die Wohnung des ersten Vertrauensmannes befindet sich nicht mehr hinter dem Turm, sondern Mittelstr. 8. Dasselbe wird jeden Sonntag von 11-12 Uhr Krankengeld ausgezahlt.

### Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

**Abzugsblätter und umliegende Zahlstellen.** Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr.

**Vorstadt über Arbeiterschutz und Sozialpolitik.** Vorstadt über Arbeiterschutz und Sozialpolitik.

**Nendorf-L.-Schild.** Jeden Donnerstag, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Nendorf, Kreis Leipzig. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Krebs.

**Groß-Moers.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Müller, Gewerbeschäftsstall, Großmoers.

**Nordendorf.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Friederich.

**Wolmirstedt.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Wiegand, Oberdhöhlen.

**Lehrte.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.

**Witten.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Witten.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Witten.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Witten.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Gewerbeschäftsstall, Wittenberg.

**Wittenberg.** Jeden Samstag nach dem 13

**Höh. Stellups-**  
gen erl. man durch das Stud.  
der Selbstunterrichts-  
System Karlsruhe-Kiel. Die  
Borgschule, die Gle-  
sercretärinsschule  
Gleseker, Provinz u. Amtshaus  
Anstaltsschule, Kiel.  
Bonness & Nachfeld Potsdam Gt.

**Bochum.** Die  
Gewerkschafts-Bibliothek  
ist jeden Sonntag, vorzüglich  
von 9 bis 11 Uhr u. jeden  
Mittwoch, abends von 7 bis  
8 Uhr, im Vorleszimmer des  
Arbeitssekretariats, Wiemel-  
häuserstraße 40, geöffnet.

**Dankdagung.**  
Für die zahlreiche Teilnahme an  
der Vergoldung unseres lieben Bruders  
Franz Jäger in Düsseldorf, sowie für  
die jähre stetigste Jagd wie der  
Kameraden der Scholzstraße Düsseldorf  
auf den herbstlichen Datteln.  
Die hinterbliebenen.

**Lütgendortmund.**  
Der Mitglieder des Sprengels 97  
zur Nachricht, daß ich am 1. November  
meine Wohnung von Doppelstraße 68  
nach Doppelstraße 60 verlege.  
**Vincenz Gauels,**  
452 Knapphafstsälter.

**Neu! — Neu! — Neu!**

Werte Kameraden u. Kameradinnen!  
Ich empfehle Ihnen meine

**Garantfärgo-Salbe!**

Frei nach der Kaiserlichen Verordnung  
vom 22. Oktober 1901.

Bestandteile:  
Wachs u. verschiedene Fette.

Kein Geheimmittel.

Bestes Vordeut- und Verbindungs-  
mittel aller Hautkrankheiten,  
sehr leicht, aufzutragen, alte und  
neue Geschwüre, Weinleiden aller  
Art, Geschlechtskrankheiten,

Geschw. u. u. u. 381

Bestes Handmittel der Gegenwart!

In Sachsen mit Nationalfarbe und  
Druck zu haben bei

**Franz Blech,** Friseur,  
Altendorf, Kreis Hamm i. W.

Schachtel 80 Pf. Porto frei.

Nachnahme extra. Auf Wunsch ver-  
sende diese Salbe auch engros.

**Neu! — Neu! — Neu!**

**Ausnahme-Angebot!**

Mit 5 JAHRE  
GARANTIE

Jeder, dem meine berühmten  
Maschinen noch unbekannt sind,  
erhält 1 Probestück, sein hohl  
geschliffen, fertig zum Gebrauch  
in Guß- oder 382

**90 Pf.**

und 20 Pf. für Porto einsendet.

Nachnahme 20 Pf. mehr.

Laufende Auszeichnungen!

komplette Masch.-Einrichtung  
in poliertem Holzgestell mit Spiegel  
und sämtl. Maschinenteilen nur  
8 Pf., in besserer Ausführung nur  
4 Pf. Porto extra.

Beste Ausführungen!

Komplette Masch.-Einrichtung  
in poliertem Holzgestell mit Spiegel  
und sämtl. Maschinenteilen nur  
8 Pf., in besserer Ausführung nur  
4 Pf. Porto extra.

**Emil Jansen, Wald 44**

Stahlwarenfabrik bei Solingen.

**Auf Teilzahlung**

**Schaukasten**  
mit  
Schaufenster  
Ausstellungen!

Hausuhren, Freischwinger,  
Regulateure, Wecker,  
goldene und silberne  
Herren- und Damen-Uhren,  
Herren- und Damen-Ketten,  
Brillanten,

Ringe, Broschen, Armbänder  
opt. Artikel, Phonographen  
Gegründet 1887. 345

**Johann Hoffmeister**  
Kupferdruck a. D. Mühr und  
Gelsenkirchen, Dickestraße 9

**Rheumatismus**  
und Gicht-zidenden reize  
ist jetzt unentzüglich dreifach mit  
wie ich vor Jahren quallosen u.  
hartnäckigen Leiden nach kurzer  
Zeit vollständig geholt wurde.

**Carl Bader, München**

Carlsplatzstraße 40a. 371

**Nur für Gewerkschaftler  
und Parteigenossen!**

Verkäufe:

Möbel u. Herde, neue u. getrag.  
Anzüge, Tropfen, Damenschuhe,  
Hüte, Uhren, Kinderkleider,  
Uhren, Schuhe aller Art, Kleid-  
mäntel, Kopftücher, Hüte, Mützen,  
Grubenanzüge, neue Grubenanzüge,  
u. u. u.

**L. Kamp, Althändler,**  
Gewerkschaftler u. Parteigenossen.

Straße 7 **Eisen-Kauf** Straße 7.

**Achtung! Kalt- und Heißarbeiter Achtung!**  
von Oldau, Wiehe, Winsen und Umgegend.

Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr,  
im Lokale des Herrn Bremer in Oldau-Winsen:

**Deffentl. Versammlung**

aller in der Oel- und Kaliindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Oel- und

Kaliindustrie. 2. Verschiedenes. — Referent: Max Göttsche, Hannover.

**Belegschafts-Versammlungen**

Sonntag, den 18. Oktober 1908:

Gehe alle Hanse. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Mölling-  
hoff in Niedersprockhövel. — Berichterstattung der Kommission.  
Referent zur Stelle.

**Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen**

Sonntag, den 17. Oktober 1908:

Beit u. Umg. Abends 8 1/2 Uhr, in der "Centralhalle". — Wie be-  
kämpfen wir am besten die arbeitsfeindlichen Pläne der Arbeitgeber.  
Reichstagabgeordneter Herm. Göttsche, Bochum.

**Sonntag, den 18. Oktober 1908:**

Dom, Bergwerk, Borberg u. Umg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn  
Wolff in Borberg. — Wie können wir bessere Wohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen.  
Referent: Kam. V. Berg, Spittel.

**Sonntag, den 19. Oktober 1908:**

Langendreisbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Braut-  
kuhl in Grabeloch. — Das neue Knapphafitskästchen und seine  
Wirkung. — Referent zur Stelle.

**Sonntag, den 20. Oktober 1908:**

Grimma u. Umg. Abends 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtige Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 21. Oktober 1908:**

Herrensohre, Sudweiler und Süderbrücke. Nachmittags 6 Uhr, im  
Lokale des Herrn Löffel in Herrensohre. — Der Unterschied zwischen den  
freien Gewerkschaften, den christlichen und den Fachabteilungen.  
Referent: Kamerad Joh. Helmerters, St. Johann.

**Sonntag, den 22. Oktober 1908:**

Frohburg. Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Saale des Gasthofs "Zur grünen  
Aue". — 1. Die gegenwärtige Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur  
Knapphafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 23. Oktober 1908:**

Geithain u. Umg. Abends 8 Uhr, im "Jägerhof" in Geithain. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 24. Oktober 1908:**

Grimma u. Umg. Abends 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 25. Oktober 1908:**

Herrensohre, Sudweiler und Süderbrücke. Nachmittags 6 Uhr, im  
Lokale des Herrn Löffel in Herrensohre. — Der Unterschied zwischen den freien  
Gewerkschaften, den christlichen und den Fachabteilungen. — Referent:  
Kamerad Joh. Helmerters, St. Johann.

**Sonntag, den 26. Oktober 1908:**

Stadttagen u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr.  
Löffel, "Schönburger Hof" in Stadttagen. — Fortbewegungen und  
Pflichten der sozialistischen Bergarbeiter. — Referent zur Stelle.

**Sonntag, den 27. Oktober 1908:**

Thüringen u. Umg. Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Fischers  
in Thüringen. — 1. Die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung.  
2. Vertreterwahl zur Knapphafitskasse und zum Bergschiedsgericht.  
Referent: Beigekleiter G. v. d. Genthinberg.

**Sonntag, den 28. Oktober 1908:**

Geithain u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Geithain. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 29. Oktober 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 30. Oktober 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 31. Oktober 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 1. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 2. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 3. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 4. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 5. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 6. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 7. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 8. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 9. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 10. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1. Die gegenwärtigen Gewerkschaften. 2. Vertreterwahl zur Knapp-  
hafitskasse und zum Bergschiedsgericht. — Referent: Beigekleiter  
M. Döllc, Genthinberg.

**Sonntag, den 11. November 1908:**

Grimma u. Umg. Nachmittags 8 Uhr, im "Jägerhof" in Grimma. —  
1